

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die große Macht des Leninismus 1

J. FRANZEW — Lenin und die Außenpolitik der Sowjetunion 4

N. SERGEJEWA — Über die jetzige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika 9

Internationale Umschau (Notizen) 14

A. BESYMENSKI — Lenin und das Volk 18

A. LEONIDOW — Die Korruption der Labourführer (Notizen eines Journalisten) 21

Kritik und Bibliographie:

L. ANDREJEW — Rechtfertigungsversuch österreichischer Bischöfe 28

Chronik der internationalen Ereignisse 31

4

19. Januar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.



WLADIMIR ILJITSCH LENIN

Die große Macht des Leninismus

EIN VIERTELJAHRHUNDERT ist vergangen seit dem Tode Wladimir Iljitsch Lenins, dessen Name schon bei seinen Lebzeiten in West und Ost, in Süd und Nord zum Symbol einer neuen Welt wurde. In der Geschichte aller voraufgegangenen Jahrhunderte gab es außer Marx keinen einzigen Menschen, dessen revolutionäre Gedanken und Taten so tiefgehend auf die Geister und auf das Schicksal der werktätigen Menschheit eingewirkt hätten wie die Tätigkeit Lenins und seine Lehre — der Leninismus.

Die letzten Jahrzehnte gehören zu den stürmischsten Perioden der Weltgeschichte. In allen Weltteilen zeigt der Gang der Ereignisse dieser Jahre ständig aufs neue die geniale Kraft der Voraussicht Lenins, die Größe seiner Sache, die Richtigkeit, Lebenskraft und Unüberwindlichkeit des Leninismus.

Lenin hat vor der werktätigen Menschheit wahrhaft gewaltige Verdienste. Er wappnete die Arbeiterklasse aller Länder mit einer fortschrittlichen Theorie, mit der Wissenschaft vom Siege der sozialistischen Revolution, und er setzte diese Wissenschaft auf einem Sechstel des Erdballs in die Tat um. Gemeinsam mit Stalin — seinem nächsten Gefährten und großen Nachfolger — gründete Lenin die bolschewistische Partei, eine Partei von neuem Typus, die Partei der sozialen Revolution, arbeitete er die Grundlagen ihres Programms, ihrer Strategie und Taktik aus. Von allem Anfang an stand Lenin an der Spitze der Partei der Bolschewiki — der Vorhut der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Pseudosozialisten der II. Internationale, die eine Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung darstellen. In diesem Kampfe erwies die Partei Lenins und Stalins sich als die stärkste, standhafteste und gestähltste proletarische Partei der Welt, fähig, die Arbeiterklasse zum Sturm auf den Kapitalismus, zu seinem Sturz zu führen und eine neue, eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu errichten.

Indem Lenin die marxistische Theorie weiterentwickelte und vorwärtsbrachte, deckte er auf, daß der Imperialismus seinem Wesen und

Charakter nach das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus ist. Lenin zeigte, wie der Imperialismus, für den die Allmacht der Industriemonopole und der Finanzoligarchie charakteristisch ist, die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche aufs äußerste verschärft hat. Unter dem Imperialismus ist das Joch, das die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder wie auch die Völker der kolonialen und abhängigen Länder zu tragen haben, unerhört viel schwerer geworden. Lenin zeigte, daß der Imperialismus eine Verschärfung der Wirtschaftskrisen, ein Wüten des Militarismus und der finstersten Reaktion, einen rasenden Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um die Neuverteilung der bereits aufgeteilten Welt und, als schließlichen Ausdruck dieses Kampfes, die blutigsten Eroberungskriege mit sich bringt. Lenin führte den wissenschaftlichen Beweis dafür, daß die grundlegenden Widersprüche des Imperialismus den Anbruch der sozialistischen Revolution näherbringen und erleichtern, daß sie diese Revolution praktisch notwendig und unvermeidlich machen. Der Imperialismus ist, wie Lenin gezeigt hat, der Vorabend der sozialistischen Revolution.

Eine der genialsten Entdeckungen Lenins war das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus unter dem Imperialismus und die sich aus diesem Gesetz ergebende Schlußfolgerung, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in einem einzelnen kapitalistischen Lande oder einigen einzelnen kapitalistischen Ländern möglich und notwendig ist. Diese Entdeckung Lenins war von gewaltiger Bedeutung für die Vorbereitung und Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, deren Sieg die erste, sehr tiefe Bresche in die Front des Imperialismus schlug und eine neue Epoche in der Weltgeschichte einleitete.

Lenin definierte die Sowjetmacht als die Staatsform der Diktatur des Proletariats, als eine Form der Schaffung einer neuen, sozialistischen Ordnung. Lenin war der Gründer des Sowjetstaates und trat an die Spitze der Sowjetregierung. Unter der Führung Lenins und Stalins schlug der

junge Sowjetstaat den militärischen Ansturm sowohl der deutschen als auch der englisch-französisch-amerikanischen Interventen ab.

Lenin sah voraus, daß das erste sozialistische Sowjetland der Welt für lange Zeit gemeinsam mit kapitalistischen Ländern existieren werde, und hielt eine Zusammenarbeit der beiden Systeme für möglich. Von dieser These geht die Lenin-Stalinsche Außenpolitik des Sowjetstaats unentwegt aus. Seit dem allerersten Tage nach der sozialistischen Umwälzung im Oktober 1917 ist die sowjetische Außenpolitik eine Politik des Kampfes für die Sicherung eines dauerhaften demokratischen Friedens, eine Politik des Schutzes der Freiheit und der Unabhängigkeit aller Völker — der großen wie der kleinen. Lenin und Stalin erklärten schon in der ersten Periode der Sowjetmacht wiederholt, daß der Sowjetstaat mit allen Völkern in Frieden zu leben und alle seine Kräfte für den friedlichen sozialistischen Aufbau zu verwenden wünscht. Unter der Führung Lenins schritt das Sowjetland zum friedlichen Aufbau und erzielte die ersten Erfolge in der Wiederherstellung der Volkswirtschaft des Landes sowie in seiner sozialistischen Umgestaltung.

Bei Lebzeiten Lenins begann die sozialistische Oktoberrevolution den Völkern der Sowjetunion nur die ersten Früchte zu bringen. Aber schon in der Anfangsperiode der Sowjetmacht sah Lenin voraus, welche rechenhafte Umwandlungskraft der siegreiche Sozialismus auf ausnahmslos allen Gebieten des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens an den Tag legen wird. Im Januar 1918, auf dem III. Allrussischen Sowjetkongreß, sprach Lenin begeistert von der großartigen historischen Aufgabe der siegreichen Arbeiterklasse, ein neues, sozialistisches Gebäude zu errichten:

„Dem siegreichen Proletariat liegt ein Land offen, das jetzt zum Eigentum des Volkes geworden ist, und es wird imstande sein, eine neue Produktion und Konsumtion nach sozialistischen Grundsätzen zu organisieren. Früher war das gesamte menschliche Denken, war dessen ganzer Genius nur darauf bedacht, den einen alle Güter der Technik und der Kultur zu geben und den anderen auch das Notwendigste vorzuenthalten — Bildung und Entwicklung. Jetzt dagegen werden alle Wunder der Technik, alle Errungenschaften der Kultur zum Gemeingut des Volkes werden, von jetzt ab wird das menschliche Denken, wird der menschliche Genius niemals mehr auf Mittel der Gewalt, auf Mittel der Ausbeutung bedacht sein. Das wissen wir — und lohnt es etwa nicht, für diese gewaltige geschichtliche

Aufgabe zu arbeiten, lohnt es nicht, alle Kraft dafür einzusetzen? Die Werktätigen werden dieses gewaltige geschichtliche Werk vollbringen, denn in ihnen liegen die noch unberührten großen Kräfte der Revolution, der Wiedergeburt und der Erneuerung.“

Die Titanenarbeit, dem Vermächtnis Lenins gemäß die sozialistische Gesellschaft zu errichten, ist vom Sowjetvolk unter der Führung Stalins, des nächsten Gefährten und großen Fortsetzers der Sache Lenins, glänzend bewältigt worden.

Der Leninismus hat die dem Volke innewohnenden großen Kräfte der Revolution und der Erneuerung geweckt und sie aus potentiellen Kräften in aktuelle Kräfte verwandelt. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft hat längst bewiesen, daß Ideen, wenn sie die Massen ergreifen, eine riesige materielle Gewalt werden. Lenins Ideen, die in den Werken Stalins weiterentwickelt worden sind, haben die Massen ergriffen und sind zu einer schöpferischen Gewalt geworden, die das Sowjetland zu einem sozialistischen Großstaat gemacht hat, zu einer Großmacht, die über eine erstklassige Industrie und eine kollektivwirtschaftliche Großlandwirtschaft verfügt. Die Kraft der Leninschen Ideen hat unser Land — seine Städte und Dörfer, seine Wirtschaft und Kultur, die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Bewußtsein der Menschen selbst — in grundlegender Weise umgestaltet. Die Einstellung der Menschen zur Arbeit hat sich geändert — aus einem Fluch, der sie unter dem Kapitalismus war, ist die Arbeit in der Sowjetunion zu einer Sache der Ehre, des Ruhms, der Tapferkeit und des Heldentums geworden. Verwirklichung gefunden hat die Leninsche Idee der Heranziehung von Dutzenden Millionen Werktätigen zur Verwaltung des Staates — es ist ein wahrhafter Demokrismus aufgeblüht, der unter dem Kapitalismus undenkbar ist und sich nur in einem sozialistischen Sowjetstaat verwirklichen läßt. Verschwunden ist die nationale Zwietracht, die von den Ausbeuterklassen jahrhundertlang künstlich geschürt wurde — die Lenin-Stalinsche Nationalitätenpolitik hat die Freundschaft der Völker der Sowjetunion erblühen lassen.

Der Sieg des Sozialismus, die Liquidierung der Ausbeuterklassen und die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft, die viele Jahrhunderte lang der Traum der besten Geister der Menschheit war, ist in der Sowjetunion zu einer unumstößlichen Tatsache geworden, die welthistorische Bedeutung hat. Für die ganze werktätige Menschheit wurde der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion zu einem unwiderleglichen

Beweis für die Richtigkeit des Marxismus-Leninismus, für die Realität der Vorzüge der sozialistischen Sowjetordnung — er begeistert die werktätigen Massen in allen Ländern zur Verstärkung des Kampfes für die Ablösung des Ausbeutersystems durch die sozialistische Ordnung.

Der Sowjetstaat hat seit den ersten Tagen seiner Existenz die Sympathien und die Liebe der breiten Massen der Werktätigen in allen Ländern für sich gewonnen. Schon im Jahre 1920, unter den schweren Verhältnissen der Zerrüttung und der Hungersnot, konnte Lenin die Tatsache konstatieren, daß „der Lauf der Dinge die Völker daran gewöhnt, Rußland als ein Anziehungszentrum zu betrachten“. Seitdem hat das Sowjetland eine noch viel größere Anziehungskraft gewonnen. Die fortgeschrittenen, denkenden Werktätigen jedes kapitalistischen Landes sehen in der Sowjetunion das Vaterland und das Bollwerk des Sozialismus, ihren Stützpunkt im Kampf gegen die kapitalistische Sklaverei, sie sehen in ihr ein Vorbild ihres eigenen Landes, wie es in Zukunft sein wird, nachdem sie es aus den Krallen des Imperialismus befreit haben werden.

Zugleich schüren die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion den Haß der Reaktionen gegen unser Land. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte ist gekennzeichnet durch zahlreiche Versuche der Imperialisten, die Sowjetunion zu schwächen und ihr Ansehen zu untergraben. Alle derartigen Versuche sind kläglich gescheitert. Von dem Augenblick an, wo die faschistischen Räuber in Deutschland die Macht ergriffen, stellten die Imperialisten Hitler die Aufgabe, die Sowjetunion zu vernichten, sie zu zertrümmern oder doch wenigstens bedeutend zu schwächen. Es ist wohlbekannt, daß Hitlerdeutschland gerade zu diesem Zweck von den englischen, amerikanischen und französischen Imperialisten riesige Unterstützung für seine Kriegsvorbereitungen erhielt. Aber auch diesmal wurden die Spekulationen der Imperialisten zu nichts gemacht.

Die Sowjetunion, die im zweiten Weltkrieg Hitlerdeutschland und seine Satelliten niederwarf, die die Völker Europas vom faschistischen Joch befreite und die Zivilisation vor der faschistischen Barbarei gerettet hat, ist nicht geschwächt, sondern noch stärker und mächtiger aus dem Kriege hervorgegangen. Ihre internationale Autorität, ihr Einfluß und ihr Ansehen bei allen Völkern, ihre führende Rolle im internationalen Lager des Sozialismus und der Demokratie sind kolossal gewachsen.

Gerade das Lager des Imperialismus ist aus dem zweiten Weltkrieg bedeutend geschwächt

hervorgegangen. Die drei frechsten imperialistischen Räuberstaaten — Deutschland, Italien, Japan — wurden im Kriege niedergeworfen. Der Krieg brachte als sein Ergebnis den zweiten Durchbruch durch die imperialistische Front, den die Geschichte kennt — aus dem imperialistischen System sind viele Länder Mittel- und Südosteuropas ausgefallen, denen die Sowjetunion die Befreiung vom faschistischen Joch gebracht hat. Von der Arbeiterklasse geführt, haben die Völker dieser Länder die Macht der reaktionären Cliquen, die Agenten der ausländischen Imperialisten waren, gestürzt, ein Regime der Volksdemokratie errichtet und bereits die ersten bedeutsamen Schritte auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus getan. Auch die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern wurde durch den Krieg kolossal gestärkt. Alles dies zusammengenommen schwächt das Lager des Imperialismus, es erschüttert die tiefsten Grundlagen des Kapitalismus.

Lenin besaß einen genialen Scharfblick. Wie der Dichter Majakowski anschaulich sagte: „Die Erde ganz umfassend, als ihr Meister, Sah — er — das, was noch die Zeit dem Blick entzog.“ Lenin sah voraus, daß die Bourgeoisie, je deutlicher der Bankrott des Kapitalismus hervortritt, je mehr seine Grundpfeiler erschüttert werden, sich ebenso wie die anderen, früher von der Geschichte zum Untergang verurteilten Ausbeuterklassen mit um so größerer Wut an ihre Macht klammern und gegen die Völker, die nach Befreiung streben, gegen die aufsteigende Arbeiterklasse und besonders gegen ihre Vorhut, die kommunistischen Parteien, die gemeinsten Kampfmittel anwenden wird.

Die Nachkriegsjahre haben auch diese Voraussicht Lenins voll und ganz bestätigt. Am meisten wüten heute die Monopolmachthaber der Vereinigten Staaten, die im ersten wie im zweiten Weltkrieg kolossale Profite eingeheimst haben und nach einem neuen Weltkrieg, nach der Eroberung der Weltherrschaft, nach der Knechtung anderer Völker streben. Der amerikanische Imperialismus tritt die nationale Souveränität anderer Völker mit Füßen — sei es durch direkte militärische Intervention oder unter der Flagge einer „Wirtschaftshilfe“; er schürt die Kriegspsychose in seinem eigenen Lande und übt mit der Atombombe einen erpresserischen Druck auf andere Länder aus; er betreibt eine Falschmeldungs- und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie; er organisiert den Terror gegen die kommunistischen Parteien und alle progressiven Elemente in den kapitalistischen Ländern.

Lenin entlarvte unermüdlich die Pseudosozialisten als die ersten und wichtigsten Helfer des Monopolkapitals. Vor mehr als dreißig Jahren charakterisierte er treffend die Sozialopportunisten der II. Internationale als Elemente, die bereits „für ein offenes, oft ganz ordinäres Bündnis mit der Bourgeoisie und den Generalstäben“ reif geworden waren. Die heutigen Führer der Rechtssozialisten — die Bevin, Blum, Spaak, Saragat — und die anderen Agenten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung sind auf diesem Wege noch weiter gegangen. Im Auftrage ihrer Herren und Gebieter versuchen sie, die Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen, sie mit Unglauben an ihre Kräfte zu infizieren, ihr Ergebnis für die kapitalistische Knote des Elends und der Arbeitslosigkeit einzupfropfen.

Auch etwas anderes sah Lenin: in unserem 20. Jahrhundert sind weder die Imperialisten mit ihrem wütenden Terror noch ihre pseudosozialistischen Agenten mit ihren Bemühungen in der Lage, den Kommunismus zu bezwingen, ja auch nur das energische Anwachsen seiner Kräfte, der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie, aufzuhalten. Schon 1920 schrieb Lenin:

„In allen Ländern wird der Kommunismus gestärkt und stärker; er hat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß Verfolgungen ihn nicht schwächen, nicht entkräften, sondern ihn stärken.“

Diese Leninschen Worte klingen, als seien sie heute geschrieben. In den vergangenen fast dreißig Jahren haben die Imperialisten gegen den Kommunismus die schärfsten Formen des Terrors und der Provokation angewandt. Aber nur blindgeborene oder durch ihren Menschenhaß geblendete

Reaktionäre vermögen im Ernst darauf zu rechnen, man könnte den Kommunismus vernichten. Er läßt sich nicht töten, wie die Geschichte sich nicht töten läßt; der morgige Tag der Geschichte — ja in bedeutendem Maße auch der heutige Tag — gehört dem Kommunismus.

Die Lehre Lenins und Stalins wurzelt tief in der ganzen internationalen Entwicklung. Der Leninismus ist eine internationale Erscheinung, und seine internationale Bedeutung ist außerordentlich groß. Der Leninismus, der die organischen Gebrechen und Schwächen des Imperialismus aufgedeckt und die Unvermeidlichkeit seines Untergangs bewiesen hat, der den Sozialopportunismus, der allüberall eine Agentur des Monopolkapitals in der Arbeiterbewegung darstellt, entlarvt und zerschlagen hat, der die erste sozialistische Sowjetrevolution in der Geschichte erfolgreich vorbereitet und vollzogen hat, hat auch die machtvollste Waffe für die Arbeiterklasse aller Länder geschaffen und geschliffen. Die Meisterung der Theorie und der Taktik des Leninismus erleichtert dem Proletariat aller Länder den revolutionären Kampf für den Sturz des Kapitals.

Lenins Lehre ist allmächtig, weil sie richtig ist. Die Kraft der Lenin-Stalinschen Ideen kommt mit jedem Jahre immer klarer zum Ausdruck — sowohl in den Erfolgen des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion als auch in den Kampferfolgen des von der Sowjetunion geführten internationalen Lagers des Sozialismus und der Demokratie. Unter dem Banner Lenins kämpfen und siegen die fortgeschrittenen Kräfte der Menschheit, die führenden Kräfte unserer großen Sowjetepoche, und unter diesem Banner werden sie den Endsieg erringen.

Lenin und die Außenpolitik der Sowjetunion

J. FRANZEW

DIE Große Sozialistische Oktoberrevolution, die eine grundlegende Umwälzung in der Geschichte der Menschheit einleitete, hat zu tiefgreifenden Veränderungen auch in dem gesamten System der internationalen Beziehungen geführt. Zum erstenmal in der Geschichte entstand eine sozialistische Sowjetmacht, der, im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten, aggressive Bestrebungen ihrer ganzen Natur nach fremd sind und die ein Interesse daran hat, für gerechten Frieden

und Völkerfreundschaft zu sorgen. Die sowjetische Außenpolitik, deren Schöpfer Wladimir Iljitsch Lenin und Joseph Wissarionowitsch Stalin sind, ist auf ganz neuen Prinzipien aufgebaut. Die wichtigsten Züge dieser Politik sind der unbeugsame Kampf für einen dauerhaften demokratischen Frieden und für die Sicherheit der Völker, die Entlarvung der Kriegsbrandstifter, die Verteidigung der Freiheit, der Souveränität und der wahren Gleichberechtigung der Völker, großer

und kleiner, ihrer nationalen Unabhängigkeit, ihrer Rechte und Interessen gegen die Anschläge der imperialistischen Räuber.

Schon am 8. November 1917, bei Einbringung des Friedensdekrets im Kongreß der Sowjets, führte Lenin aus:

„Diesen Krieg fortsetzen, um zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen unterjochten schwachen Nationen untereinander aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen gegen die Menschheit, und sie spricht feierlich ihre Entschlossenheit aus, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg zu den erwähnten, für ausnahmslos alle Völkern gleich gerechten Bedingungen ein Ende machen.“

Seitdem, also schon mehr als dreißig Jahre, zieht sich der Kampf des Sowjetstaates, der Kampf der Sowjetregierung für einen demokratischen Frieden wie ein roter Faden durch die Geschichte der internationalen Beziehungen.

Die Außenpolitik des Sowjetstaats geht von dem Leitsatz aus, daß das Nebeneinanderbestehen eines sozialistischen Landes mit kapitalistischen Ländern eine für eine längere historische Periode normale Erscheinung ist. Der nächste Gefährte Lenins, der große Fortsetzer seines Werkes, J. W. Stalin, erklärte im Jahre 1947:

„Zum erstenmal wurde der Gedanke der Zusammenarbeit zwischen den beiden Systemen von Lenin ausgesprochen. Lenin ist unser Lehrer und wir Menschen des Sowjetlandes sind Schüler Lenins. Wir sind niemals von Lenins Weisungen abgewichen und werden niemals von ihnen abweichen.“

Bekannt ist, daß die Propagandisten des USA-Imperialismus heute ständig wiederholen, die Partei Lenins und Stalins stehe auf dem Standpunkt, daß ein Nebeneinanderbestehen der beiden Systeme unmöglich sei. Die Ideologen und Propagandisten des Imperialismus greifen zu einer direkten Fälschung der Äußerungen Lenins über diese Frage. Man begreift unschwer, daß eine derartige Fälschung verhüllen soll, wie die amerikanischen Expansionisten internationale Konflikte schüren und einen Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten.

Schon im Dezember 1919 schrieb Lenin einen dann von der Allrussischen Parteikonferenz und dem VII. Sowjetkongreß angenommenen Resolutionsentwurf zur Frage der internationalen Lage, worin es hieß:

„Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wünscht mit allen Völkern in

Frieden zu leben und alle ihre Kräfte auf den inneren Aufbau zu verwenden, um die Produktion, das Verkehrswesen und die öffentliche Verwaltung auf dem Boden der Sowjetordnung in die Wege zu leiten, was durch die Einmischung der Entente und die Hungerblockade bisher verhindert wurde.“

Im November 1920, als die im dritten Feldzug der Entente gegen die Sowjetrepublik eingesetzten Truppen geschlagen waren, bezeichnete Lenin die folgende Tatsache als einen riesigen Erfolg des Sowjetstaats:

„Wir haben uns die Bedingungen erkämpft, unter denen wir neben den kapitalistischen Mächten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, Handelsbeziehungen mit uns aufzunehmen. Im Prozeß dieses Kampfes haben wir uns das Recht auf selbständige Existenz errungen...“

Wir haben jetzt eine neue Periode, in der unsere internationale Existenz in dem Netz der kapitalistischen Staaten im wesentlichen erobert ist.“

In allen folgenden Jahren lieferte die Außenpolitik der von Lenin und Stalin geleiteten Sowjetregierung zahllose Beweise für das Streben der Völker des Sowjetstaates nach Zusammenarbeit mit den anderen Ländern — selbstverständlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung und nicht eines Diktats der imperialistischen Mächte. Im Frühjahr 1922, als Lenin die Politik der englischen und der französischen Imperialisten charakterisierte, die sich anschickten, die Sowjetrepublik in Genua unter erpresserischen Druck zu setzen und ihr in den Wirtschaftsbeziehungen knechtende Bedingungen aufzuzwingen, führte er aus, daß alle Versuche, das Sowjetvolk einzuschüchtern, lächerlich sind. Lenin sagte:

„Wir haben gesehen, wie die alliierten Mächte, die fast die ganze Welt in Händen haben, mit Kanonen drohen. *Diese Drohungen haben uns nicht eingeschüchtert. Das vergeßt bitte nicht, ihr Herren europäischen Diplomaten.*“

Diese vor mehr als einem Vierteljahrhundert gesprochenen Worte Lenins klingen sehr aktuell auch in unseren Tagen, wo die amerikanischen Weltherrschaftsprätendenten und ihre Agenten in den westeuropäischen Ländern erneut den Versuch machen, mit der Sowjetunion die Sprache des Diktats, der Einschüchterungen und der Drohungen zu reden. Solche Versuche konnten vor 27 Jahren, als die Sowjetrepublik ökonomisch noch schwach war, keinen Erfolg haben. Was

soll man dann erst heute sagen, wo die Sowjetunion dank der richtigen Lenin-Stalinschen Politik ein mächtiger sozialistischer Staat ist, der den räuberischen deutschen Imperialismus zerschlagen und die Zivilisation vor der faschistischen Barbarei gerettet hat?

Besonders betonte Lenin die Notwendigkeit, in den internationalen Beziehungen die Interessen jedes einzelnen Volkes und seine nationale Souveränität zu achten. Hierbei führte er als Beispiel die Erfolge der von der bolschewistischen Partei und dem Sowjetstaat betriebenen Nationalitätenpolitik an:

„Unsere Erfahrungen haben uns die unumstößliche Überzeugung gegeben, daß nur große Aufmerksamkeit für die Interessen der verschiedenen Nationen den Boden für Konflikte beseitigt, das gegenseitige Mißtrauen aus der Welt schafft, die Furcht vor irgendwelchen Intrigen zerstreut und, besonders unter den verschiedenen Sprachen sprechenden Arbeitern und Bauern, jenes Vertrauen schafft, ohne das sowohl friedliche Beziehungen zwischen den Völkern als auch eine einigermaßen erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was es in der modernen Zivilisation Wertvolles gibt, absolut unmöglich sind.“

Aber gerade gegen diese wichtigste Bedingung für eine erfolgreiche Entwicklung der Zivilisation wird vom Lager der imperialistischen Reaktion systematisch und immer frecher verstoßen, wobei die Ideologen und Propagandisten des Imperialismus die nationale Souveränität für einen „veralteten Begriff“ erklären, der endlich beiseite geworfen werden müsse. Die Imperialisten, die auf Weltherrschaft präbendieren, haben die Verletzung und Zertretung der nationalen Souveränität auf ihr Banner geschrieben, und dadurch untergraben und zerstören sie die Grundlagen friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern. Die Intervention in Griechenland, das Blutgericht über die Völker Indonesiens und Vietnams, die Marshallisierung der Länder Westeuropas, die grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten — alles dies sind Tatsachenbeweise für die Politik der schamlosen Mißachtung der nationalen Souveränität, für die Politik der Schürung des Mißtrauens, der Feindschaft und der Konflikte zwischen den Völkern, die der britisch-amerikanische imperialistische Block betreibt. Die Sowjetunion, die die Freiheit und die Unabhängigkeit aller Völker und die Achtung für ihre politischen, ökonomischen und kulturellen Interessen verteidigt, tritt der erwähnten Politik der internationalen Reaktion stets und ständig entgegen.

W. I. Lenin, der die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik als einer Politik des demokratischen Friedens und freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern legte, gab gleichzeitig auch wiederholt eine tiefeschürfende Analyse und eine anschauliche Charakteristik der Außenpolitik des Imperialismus in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts — des deutschen, englischen, französischen, amerikanischen, und zwar einerseits der Besonderheiten eines jeden von ihnen und andererseits dessen, was sie alle miteinander gemein haben. Im August 1918 schrieb Lenin in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter:

„Wenn die deutschen Räuber durch die Bestialität ihrer kriegserischen Bluttaten den Rekord geschlagen haben, so haben die englischen nicht nur durch die Menge der zusammengekauften Kolonien, sondern auch durch das Raffinement ihrer widerwärtigen Heuchelei den Rekord geschlagen.“

In dem gleichen Jahre 1918 schrieb Lenin vom englisch-französischen und vom amerikanischen Imperialismus:

„Die Weltgeschichte hat diesen Imperialismus mit schonungsloser Gründlichkeit und Offenheit entlarvt“, der sich ausgewiesen hat als eine „Bestie, die die Truppen ‚freier‘ Republikaner, der Franzosen und der Amerikaner, für die Rolle von Gendarmen und Henkern, für die Rolle von Würmern der Unabhängigkeit und der Freiheit kleiner und schwacher Nationen verwendet.“

Die Geschichte der folgenden Jahre bestätigt immer wieder aufs neue die Leninsche Analyse des räuberischen Wesens des Imperialismus. War es doch die Hilfe ihrer amerikanischen, englischen und französischen Kumpane, die den deutschen Imperialisten die Möglichkeit gab, das faschistische Räuberregime in Deutschland zu errichten und ein bestialisches militärisches Blutgericht über das spanische, tschechische und slowakische Volk abzuhalten! War es doch der goldene Regen der Dollars und der Pfunde, der Hitler die Möglichkeit gab, den zweiten Weltkrieg zu entfesseln, in welchem der deutsche Imperialismus alle seine vorhergehenden Rekorde an barbarischer Kriegeräubererei geschlagen hat! Legen doch auch heute die britisch-amerikanischen Imperialisten das schamlose Streben an den Tag, ihre eigenen Truppen und ihre faschistischen deutschen Landsknechte als Gendarmen und Henker kleiner und schwacher Nationen auszunutzen!

Selbstverständlich haben die Schrittmacher der imperialistischen Räubererei in den letzten zwei,

drei Jahrzehnten neue Aggressionsmethoden ausgearbeitet und eingeübt. Aber die hauptsächlichsten Unterarten der interventionistischen Taktik der Imperialisten, die Lenin schon vor mehr als dreißig Jahren analysiert hat, werden in veränderter Form auch heute noch angewandt. Im Juli 1918, bei einem Vergleich der Frontaltaktik der deutschen Imperialisten mit der Taktik der englischen Kolonisatoren, schrieb Lenin:

„Der vorwiegend koloniale und maritime Charakter der militärischen Stärke Englands veranlaßt die Engländer schon lange, schon seit vielen Jahrzehnten, in ihren Eroberungszügen anders vorzugehen, nämlich den Versuch zu machen, das Land, das sie überfallen, vor allen Dingen von den Versorgungsquellen abzuschneiden, und, unter dem Vorwand der Hilfe, der Methode direkter, unmittelbarer, schroffer und brücker militärischer Vergewaltigung die Methode der Erdrosselung vorzuziehen.“

Die Methode der „Hilfe“ und die Methode der „Erdrosselung“ als Formen der interventionistischen Taktik werden von den britischen Imperialisten auch jetzt — im arabischen Orient und in Palästina, in Indien und in Iran, auf Ceylon und in Afrika — praktiziert. Aber die Palme der Priorität in der Anwendung dieser Methoden ist aus den Klauen des geschwächten britischen Imperialismus jetzt an den Imperialismus der USA übergegangen.

Die Methode der Erdrosselung unter dem Deckmantel der Hilfe ist zu einer der Hauptmethoden der amerikanischen Expansion in der Nachkriegsperiode geworden, wo den westeuropäischen Ländern die Galgenschlinge des Marshallplans überworfen ist.

Lenin entlarvte 1918 und 1919 schonungslos den groben Betrug der britisch-französisch-amerikanischen Imperialisten, die proklamiert hatten, sie würden den Weltkrieg mit einem demokratischen, gerechten Frieden beenden. Lenin zeigte, daß der amerikanische Imperialismus und seine europäischen Agenten in Wirklichkeit keinen demokratischen Frieden, sondern einen Raubfrieden vorbereiten, daß sie zu Henkern der Freiheit in allen europäischen Ländern wurden.

„Sie erwürgen die Revolution in Österreich, sie spielen die Rolle von Gendarmen, sie stellen der Schweiz ein Ultimatum: wir geben kein Getreide, wenn ihr nicht am Kampf gegen die bolschewistische Regierung teilnehmt. Sie erklären Holland: wagt ja nicht, Sowjetgesandte zu euch zu lassen, sonst kommt die Blockade. Sie haben ein einfaches Werkzeug — den Hungerstrick.“

Seitdem spielen die amerikanischen Imperialisten als eine reaktionäre Macht in den internationalen Beziehungen eine noch größere Rolle. In der ersten Zeit nach dem Versailler Frieden arbeiteten die Imperialisten der USA gemeinsam mit den britischen Monopolherren eifrig an der Wiederherstellung der rüstungsindustriellen Macht des deutschen Imperialismus, bestrebt, die deutsche Aggression nach Osten, gegen das Sowjetland, zu lenken. Heute, unter neuen Verhältnissen, wollen sie abermals den deutschen Militarismus als ein Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion, gegen die Demokratie wiederherstellen. Haß gegen das Sowjetland und gegen die Länder der Volksdemokratie, Haß gegen alles Fortschrittliche und Demokratische zeichnet heute in noch höherem Grade als vor dreißig Jahren die amerikanischen Imperialisten aus, die die reaktionärsten Kräfte in der Welt, bis zu dem Henker Franco und der Nachbrut Hitlers in Deutschland selbst, offen unterstützen.

Lenin wies den organischen Zusammenhang nach zwischen dem Imperialismus und der Entwicklung des Militarismus und der Reaktion.

„Der Imperialismus aber, d. h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert endgültig herangereift ist, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch sehr große, sich überall geltend machende Entwicklung des Militarismus aus.“

Die neueste Geschichte hat die Richtigkeit dieser Leninschen Analyse voll und ganz bestätigt. Von dieser Analyse ausgehend, enthüllte und enthüllt die von J. W. Stalin geleitete sowjetische Außenpolitik Schritt für Schritt das Wachstum des Militarismus, die Stärkung der Reaktion, schließt sie die fortschrittlichen Kräfte der Welt zur Gegenwehr gegen die Kriegsbrandstifter zusammen, zeigt sie reale Wege des Kampfes gegen die Kriegsgefahr und gegen das Anwachsen des Militarismus.

Die Politik der imperialistischen Staaten analysierend, lehrte Lenin, daß mit dem Eintritt des Sowjetlandes in eine neue Entwicklungsperiode der außenpolitischen Beziehungen nach Beendigung des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention die Gefahr einer militärischen Bedrohung der Sowjetrepublik durch die imperialistischen Räuber keinesfalls beseitigt ist. Ende 1920 erklärte Lenin warnend:

„Wir können auf keinen Fall sagen, daß wir bereits eine Garantie gegen den Krieg besäßen... Jetzt haben wir einer ganzen Anzahl

starker Mächte den Krieg gegen uns abgewöhnt, ob aber auf lange, dafür können wir nicht bürgen. Wir müssen dazu gerüstet sein, daß die imperialistischen Räuber sich bei der kleinsten Änderung der Lage erneut gegen uns wenden werden.“

Wie die Geschichte zeigt, hat das Lager der Imperialisten auch nach dem Fehlschlagen der Intervention von 1918—1920 keineswegs auf den Gedanken verzichtet, den sozialistischen Sowjetstaat mit bewaffneter Hand niederzuschlagen. Das Sowjetvolk hat das keinen Augenblick vergessen. Die Sowjetunion bereitete sich darauf vor, einer Kriegsgefahr wohlgeappnet entgegenzutreten, rief jedoch gleichzeitig damit die anderen Staaten unermüdlich zu wirksamen kollektiven Maßnahmen zwecks Verhinderung eines Krieges auf. Sowohl in den zwanziger als auch in den dreißiger Jahren war es allein die von dem großen Fortsetzer der Sache Lenins, J. W. Stalin, geführte Sowjetunion, die beharrlich gegen die heranrückende Gefahr einer Aggression der Staaten der hitlerfaschistischen „Achse“ kämpfte. Die sowjetische Außenpolitik verteidigte die Idee der kollektiven Sicherheit, indem sie die Aggressoren entlarvte, für die maximalste Einschränkung der Rüstungen kämpfte und auf den Sitzungen des Völkerbundes ihre Stimme für die Organisation einer kollektiven Abwehr der Aggression erhob.

Vertreten durch W. M. Molotow, wies die Sowjetregierung 1936 die Völker und Regierungen warnend darauf hin, daß „die Gefahr eines Weltkrieges immer größer wird, daß sie Europa immer mehr erfaßt“. Aber die regierenden Kreise Englands, Frankreichs und der USA, die den faschistischen Wolf zum Angriff gegen Osten, gegen die Sowjetunion, aufgepöppelt hatten, waren nicht gewillt, irgend etwas zur Abwendung einer militärischen Katastrophe zu tun. Unter diesen Umständen führte die Sowjetregierung unentwegt die Lenin-Stalinsche Politik allseitigen Ausbaus der Wehrkraft des Landes durch, was der Sowjetunion die Möglichkeit gab, Hitlers Armeen und den Hitlerstaat zu zertrümmern.

In den Jahren des zweiten Weltkrieges war die sowjetische Außenpolitik darauf bedacht, die Anti-hitlerkoalition zu festigen und nach dem Sieg über die Staaten der hitlerfaschistischen „Achse“ einen dauerhaften demokratischen Frieden herbeizuführen sowie eine starke und wirksame Organisation der Vereinten Nationen zu schaffen.

An der Durchführung dieser Politik — Gewährleistung eines demokratischen Weltfriedens, der Sicherheit und der freundschaftlichen Zusammen-

arbeit aller Länder — sind die Völker in allen Weltteilen mit Leib und Leben interessiert. Aber die regierenden Kreise Englands und besonders der USA beschritten einen diametral entgegengesetzten Weg — in den Fußtapfen der deutschen Weltherrschaftsprätendenten. Sie beschleunigen den tollwütigen Rüstungswettlauf und suchen krampfhaft Landsknechte für einen neuen Weltkrieg, indem sie „westliche“, „atlantische“ und andere Kriegsblocks zusammenzimmern und den räuberischen deutschen Militarismus wiedererwecken. Sie setzen die Völker Westeuropas unter erpresserischen Druck, sie drohen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie mit dem Atomkrieg. Auf diesem Wege harrt ihrer zweifellos ein Fiasko — noch eklatanter als das Fiasko ihrer deutschen Vorgänger. Sind doch die Lehren zweier Weltkriege an den Völkern Europas und der ganzen Welt nicht nutzlos vorübergegangen.

Die sozialistische Oktoberrevolution, die 1917 Rußland erfaßte, war der erste — und zwar der tiefste — Durchbruch durch die Front des Imperialismus. Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges war, daß aus der Kette des Imperialismus auch eine Anzahl Länder Mittel- und Südosteuropas herausgefallen sind, deren Völker, durch die Sowjetarmee von den faschistischen Okkupanten befreit, in ihren Grenzen die Ordnung einer neuen Demokratie, einer Volksdemokratie errichtet haben und erfolgreich auf dem Wege zum Sozialismus voranschreiten. Dem imperialistischen Lager steht heute ein riesiges und machtvolles demokratisches und antiimperialistisches Lager gegenüber, das von der Sowjetunion geführt und von hunderten Millionen Werktätigen in der ganzen Welt unterstützt wird. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß die Kräfte dieses Lagers sich auch in Zukunft mehren und stärken werden, und daß gleichzeitig damit der Prozeß der Isolierung der imperialistischen Cliquen — der finsternen Kräfte der Aggression und des Krieges — sich noch mehr vertiefen wird.

* * *

Lenin betonte 1919 und 1920, daß die sowjetische Außenpolitik die Sympathie und die Unterstützung der Werktätigen in den verschiedenen Ländern findet.

Seit damals wird die sowjetische Außenpolitik von den breitesten Volksmassen aller Länder noch viel stärker unterstützt. Die riesige Mehrheit der Bevölkerung der Erde ist für die sowjetische Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft, sie ist gegen die Politik der Kriegsbrandstifter. Diese Sympathie und diese Unterstützung

sind zu einer großen historischen Macht, zu einem der wichtigsten Faktoren der heutigen internationalen Beziehungen geworden. Das unaufhaltsame Ansteigen des Ansehens, das der Sowjetstaat und seine Diplomatie genießen, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Periode seiner Existenz.

Im Interesse der Werktätigen handelnd und ihre Stimme an die Völker, also nicht nur an die Regierungen richtend, zeichnet sich die sowjetische Diplomatie durch strengste bolschewistische Prinzipialität und durch die Tiefgründigkeit ihrer wahrhaft wissenschaftlichen Analyse der politischen Situation aus. Lenin bemerkte 1920, daß die bürgerliche Diplomatie unfähig ist, „die Methoden unserer neuen Diplomatie offener, direkter Erklärungen zu begreifen“. Lenin schrieb:

„Diese alte Welt hat ihre alte Diplomatie, die nicht glauben kann, daß es möglich ist, direkt und offen zu reden.“

Die reaktionären Machthaber haben in dieser Beziehung in den dreißig Jahren wenig gelernt, desto mehr aber die Völker, die aufmerksam auf die Stimme der Lenin-Stalinschen Diplomatie der Sowjetunion hören, die die Machenschaften und Winkelzüge der Friedensfeinde, der neuen Weltherrschaftsprätendenten, offen entlarvt.

Lenin betonte besonders die Notwendigkeit dieser Geradheit der außenpolitischen Erklärungen in Perioden der Verschärfung der internationalen Situation. Er schrieb:

„Jedesmal, wenn in unseren internationalen Beziehungen eine Verschärfung eintritt, halten wir es für notwendig, hiervon offen Mitteilung zu machen und die Fragen direkt zu stellen.“

Die sowjetische Außenpolitik setzt dieses Lenin-Stalinsche Prinzip unentwegt in die Tat um, indem sie die Völker rechtzeitig vor drohender Gefahr warnt.

Im Jahre 1922, in einer Unterredung mit dem Genossen Stalin, sprach Lenin von der Ausrichtung der Außenpolitik Sowjetrußlands und von den Imperialisten, die den Sowjetstaat umgeben:

„Sie sind gierig und hegen tiefen Haß gegeneinander. Sie werden einander in die Haare geraten. Wir haben es nicht eilig. Unser Weg ist richtig: wir sind für Frieden und Verständigung, aber wir sind gegen Knechtschaft und knechtende Vertragsbedingungen. Wir müssen das Steuer fest in der Hand halten und unseren Weg gehen, ohne uns von Schmeicheleien oder aber von Einschüchterungsversuchen beeinflussen zu lassen.“

Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte bestätigt vollinhaltlich die Richtigkeit der von Lenin und Stalin betriebenen Außenpolitik. Der große Steuermann des mächtigen Sowjetstaates, Genosse Stalin, hält das Lenkrad fest in der Hand und führt die Außenpolitik des Sowjetstaates auf dem allein richtigen Weg voran, der zum Triumph der Sache der fortschrittlichen Menschheit über die räuberischen Kräfte des Imperialismus führt.

Über die jetzige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika

N. SERGEJEW

DER erneuerte USA-Kongreß hat seine Verhandlungen mit einer Serie von Botschaften des Präsidenten Truman eröffnet. Der Überlieferung entsprechend sollen diese Botschaften als ein Programm des außen- und innerpolitischen Kurses dienen, den der Präsident dem Kongreß vorschlägt. In einer verwickelten internationalen Situation und unter den Verhältnissen einer recht gespannten innerpolitischen Lage in den USA ist sowohl die verhaltene Erregung verständlich, mit der die öffentliche Meinung der USA die

Eröffnung des Kongresses erwartete, als auch das Interesse, mit dem die internationale Öffentlichkeit die Botschaften des Präsidenten aufnahm.

Truman hat in der Wahlkampagne über seine politischen Konkurrenten den Sieg davongetragen, weil er dem Volk der USA versprach, zur Politik Roosevelts, zum liberalen Kurs in einem Lande zurückzukehren, wo eine Clique von Reaktionären, Kriegsbrandstiftern und Würgern der Freiheit und der Demokratie hemmungslos schaltet und waltet. In seinen Reden vor den Wahlen

versprach er die Durchführung einer Politik friedfertiger Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und alle erdenklichen Bemühungen zur Errichtung eines dauerhaften Friedens. Wie die amerikanische Presse festgestellt hat, veranlaßten diese Wahlversprechungen die Wähler zu der Meinung, Präsident Truman sei wirklich der Sache des Friedens ergeben. Empört über den reaktionären Kurs der Gruppe Deweys und ihre offenen Aggressionsappelle, stimmten die Wähler für Truman. Jetzt erwarten sie natürlich die Erfüllung der Wahlversprechungen und den Übergang zu einer friedfertigen Außenpolitik.

Aus dem gleichen Grunde fanden die ersten offiziellen Reden des USA-Präsidenten nach seiner Erwählung auch bei der demokratischen Öffentlichkeit anderer Länder besondere Beachtung.

Die Botschaften des Präsidenten sind ein Beweis für den scharfen politischen Kampf, der in den USA um die Innen- und Außenpolitik der Regierung entbrannt ist. Durch diesen Kampf sind auch die offenkundigen Widersprüche des in den Botschaften entwickelten Programms zu erklären.

Das Programm offenbart vor allem, daß der Lebensstandard der Bevölkerung der transatlantischen Republik bei weitem nicht so glänzend ist, wie Presse und Rundfunk Amerikas zu versichern pflegen. In der Botschaft des Präsidenten wird die abstoßende Kehrseite jener Wohltaten der Demokratie gezeichnet, mit der die offizielle USA-Propaganda so gern prahlt. Der Präsident selbst stellt die Wirklichkeit wie folgt dar:

Millionen amerikanischer Familien leben in Elendsquartieren...

Millionen von Familien haben kein eigenes Heim...

Die Massen der Farmer sind nicht in der Lage, die Wohltaten der modernen Zivilisation zu genießen...

Dutzende Millionen Menschen im Lande entbehren einer befriedigenden medizinischen Betreuung...

Millionen Kinder erhalten keine gute Bildung, weil es an Schulen und Lehrern fehlt und weil das Schulwesen vernachlässigt ist...

Das amerikanische Wirtschaftsleben ist nicht vor den Übeln des Booms und der Bankrotte geschützt...

Die Farmer haben kein Vertrauen zur Zukunft usw. usw. ...

Alles dies erklärte der USA-Präsident in einer Botschaft an den Kongreß. Also ist die berüchtigte amerikanische Lebensweise für die Millionenmassen der USA-Bevölkerung nicht mehr als ein Trugbild.

Unter diesen Umständen sind selbstverständlich jene Mindestmaßnahmen, die der Präsident in seiner Botschaft verspricht, absolut notwendig: Errichtung neuer Schulen und Wohnhäuser, Vergrößerung der Ärztezahle, Organisierung der medizinischen Betreuung der Bevölkerung, Erhöhung der Arbeiterlöhne, Aufhebung der reaktionären Gesetze, die es den Werktätigen verbieten, für ihre gerechten Wirtschaftsforderungen zu kämpfen, Gewährung gewerkschaftlicher Betätigungsfreiheit und vieles andere. Zweifellos werden alle diesbezüglichen Gesetzesvorlagen die Unterstützung des Volkes finden. Es handelt sich um die Erfüllung der dringenden Forderungen der breiten Bevölkerungsmassen, um die Befriedigung einer Anzahl unaufschiebbarer Bedürfnisse.

Aber diese zweifellos positive Seite des Präsidentenprogramms läßt sich entschieden nicht zusammenreimen mit seinem anderen Teil, der in der Botschaft über den Haushalt für 1949/50 dargelegt ist. Der Haushalt ist so beschaffen, daß in breiten Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit ernste Zweifel und Befürchtungen auftauchen, ob das Programm der Regierung dazu beitragen wird, eine Atmosphäre des Vertrauens auf den morgigen Tag, der wirtschaftlichen Stabilität und eine wenn auch nur bescheidene Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsmassen zu sichern.

Diese Zweifel und Befürchtungen müssen unbedingt als begründet anerkannt werden. Ist es doch klar wie der Tag, daß ein Land, wo die Wirtschaftspolitik der Regierung nicht auf friedliche Produktionszwecke, sondern auf ein Wettüsten bedacht ist, kein gesundes und stabiles Wirtschaftsleben haben kann. Eine auf die Vorbereitung eines neuen Krieges gerichtete Politik kann nicht den Interessen des Volkes entsprechen und ihm Wohlstand, Ruhe und Vertrauen auf die Zukunft sichern.

Das aber ist die gegenwärtige Politik der USA. Auch das in den Botschaften des Präsidenten entwickelte Programm bezeugt durchaus nicht, daß diese gefährliche und den Interessen des amerikanischen Volkes widersprechende Richtung der Politik und des Wirtschaftslebens geändert werden wird. Der Präsident bestätigt, daß das Wettüsten fortgesetzt und die Kriegsvorbereitungen verstärkt werden sollen, daß man die Politik des „kalten Krieges“ und alles, was mit ihr zusammenhängt, nicht aufgeben wird. Das Verteidigungsministerium der USA arbeitet umfassende Pläne für eine Vergrößerung der Streitkräfte, eine weitere Militarisierung des Landes und für die Aufrüstung der Staaten aus, die der Westlichen

Union und dem in Vorbereitung befindlichen atlantischen Block angehören.

In Übereinstimmung mit alledem ist auch der Haushalt der USA aufgebaut. Er sieht eine neue bedeutende Erhöhung der ohnehin aufgeblähten Ausgaben für militärische Zwecke und für die aggressive Außenpolitik vor.

Nach dem Maßstab ihrer Kriegsvorbereitungen in Friedenszeiten lassen sich die USA vielleicht nur mit dem hitlerfaschistischen Deutschland der dem zweiten Weltkrieg vorausgegangenen Jahre vergleichen. Bestimmten Angaben zufolge zählt die USA-Armee schon jetzt, in Friedenszeiten, fast 3 Millionen Mann. Die Luftstreitkräfte werden mit jedem Jahr vergrößert. Sehr charakteristisch ist, daß die USA heute mehr Mittel für Rüstungszwecke aufwenden als während des Krieges. In dem für 1949/50 ausgearbeiteten Haushalt entfallen von der gesamten, fast 42 Milliarden Dollar hohen Ausgabensumme 14 268 000 000 Dollar auf direkte Ausgaben für die Aufrüstung und die Streitkräfte — 21 Prozent mehr als im laufenden Haushaltsjahr.

Zur Finanzierung der sogenannten „internationalen Angelegenheiten“ der USA-Regierung, d. h. für die aggressive Außenpolitik, werden 6,7 Milliarden Dollar bewilligt. Außerdem werden 3,5 Milliarden Dollar (8 Prozent des Haushalts) indirekten Kriegszwecken zugeführt, die mit der Entwicklung der Atomenergie, Transportzwecken, erleichterten Kommunikationen zusammenhängen, d. h. für das, was der Botschaft des Präsidenten zufolge „vielfach unserer nationalen Verteidigungsaktivität dient“. Aber auch das ist noch nicht alles. Es gibt ferner riesige geheime strategische Ausgaben. Milliarden von Dollars werden für die Anlegung von strategisch wichtigen Vorräten bewilligt; Hunderte von Millionen für wissenschaftliche Forschungen, neue Arsenalen, Versuchsstützpunkte zur Erprobung neuer Waffenarten; Hunderte von Millionen zur Aufrechterhaltung des Systems der inneren wie der internationalen Spionage und vieles andere.

Insgesamt dienen drei Viertel des gesamten USA-Haushalts der Militarisierung, der Aufrüstung sowie Zwecken, die so oder so mit der aggressiven Außenpolitik zusammenhängen. Dagegen werden für Maßnahmen zur Hebung des Wohlstands der Bevölkerung, für die sowohl in der Botschaft des Präsidenten als auch in der Wahlkampagne der Demokratischen Partei eine so große Reklame gemacht worden ist, insgesamt nur 2,4 Milliarden Dollar (5,6 Prozent aller Ausgaben) aufgewandt. Für Bildungszwecke steht weniger als 1 Prozent des Haushalts (414 Millionen Dollar) zur Verfügung. Das ist nur die Hälfte

der Ausgaben, die 1950 für die allgemeine militärische Ausbildung aufgewandt werden sollen. Die für den Wohnungsbau in den USA vorgesehenen Ausgaben machen nur einen Bruchteil dessen aus, was für die Aufrüstung der westeuropäischen Satelliten der USA zur Verfügung gestellt wird.

Ein Haushalt, der so aufgeblähte militärische Ausgaben enthält, kann nicht gesund sein. In der Botschaft des Präsidenten wird erklärt, daß die Staatsschulden den Betrag von 252 Milliarden Dollar erreichen und daß der Haushalt mit einem Fehlbetrag abschließen wird, falls der Antrag, die Steuern um 4 Milliarden Dollar zu erhöhen, nicht angenommen wird.

Eine Analyse des Haushalts zeigt mit voller Klarheit sowohl die Richtung des außenpolitischen Kurses als auch den Charakter der Innenpolitik der USA-Regierung. Kriegsmäßige Ausrichtung der Bevölkerung, ein Programm allgemeiner militärischer Ausbildung, Militarisierung des gesamten Lebens des Landes — das ist die Innenpolitik der USA-Regierung. Die Richtung ihrer Außenpolitik läßt keinen Zweifel darüber, daß die Aggression nicht nur von der Presse, sondern auch von einflußreichen amtlichen Kreisen der USA offen und zynisch propagiert wird.

Der amerikanische Publizist George Marion setzt in seinem bekannten Buch „Bases & Empire“ (Stützpunkte und Imperium), worin er das gewaltige Netz amerikanischer Militärstützpunkte beschreibt und den Militärhaushalt der USA analysiert, auseinander, daß die sogenannten Verteidigungsmaßnahmen faktisch die Schaffung eines strategischen Imperiums und hemmungslose Expansion bedeuten. Der Weg, den die USA gehen, ist mit den Sprengstoffen eines neuen Weltkrieges gepflastert, schreibt Marion und fügt hinzu: ...wenn das amerikanische Volk nicht interveniert...

Das amerikanische Volk hat bei den Präsidentenwahlen dem Klüngel offener Anhänger der aggressiven Politik ein Fiasko bereitet und für die Rückkehr zur Politik Roosevelts gestimmt. Die Bevölkerung der USA verlangt von der Regierung kein wahnwitziges Wettrüsten, sondern Sorge um die dringenden Bedürfnisse des Landes und Garantien für dauerhaften Frieden und Sicherheit. Wie weit ist der jetzige Kurs der USA-Politik von diesen Forderungen und Wünschen des Volkes entfernt!

Milliarden Dollar, die zur Befriedigung der unaufschiebbaren Bedürfnisse des Volkes verwendet werden könnten, werden in das unergründliche Faß durch nichts gerechtfertigter

Kriegsvorbereitungen geworfen, in den unersättlichen Wanst der Todesfabrikanten gestopft.

Die Politik des Wettrüstens kann die Verbesserungen, nach denen das amerikanische Volk verlangt, nicht bewerkstelligen. Im Gegenteil, diese Politik bringt den Volksmassen neue Lasten. Steuern, Inflation und Preistreiberei sind die unvermeidlichen Wegbegleiter des Wettrüstens. Nach Berechnungen der amerikanischen Statistik verschlingen die direkten Kriegsausgaben schon an die 15 Prozent des Verdienstes jedes Amerikaners. Im Finanzministerium aber werden immer neue Steuerpläne ausgearbeitet.

Die Botschaft des Präsidenten schlägt zwecks Ausgleichung des Fehlbetrags und Bilanzierung des Haushalts eine gewaltige Erhöhung der Steuern — um 4 Milliarden Dollar — vor. Versuche, so zu tun, als ob diese Steigerung der Steuerbürde durch die Notwendigkeit hervorgerufen würde, die Ausgaben für Gesundheitsschutz und Volksbildung zu decken, sind so plump, daß auch ein Kind sie durchschaut. Machen doch alle Ausgaben für diese Zwecke zusammen nur etwas mehr als die Hälfte der Summe aus, um die der Präsident die Steuerlasten zu erhöhen vorschlägt. Alle von ihm beabsichtigten Ausgaben für soziale Maßnahmen sind nur ein Tropfen im Meer verglichen mit dem, was den Atom-, Flugzeug- und anderen Rüstungsmonopolen in den Rachen geworfen wird. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß der Haushaltsfehlbetrag und die Notwendigkeit einer neuen Erhöhung der Steuern hervorgerufen werden durch die ganz ungerechtfertigten Ausgaben für militärische Vorbereitungen, für die aggressive Außenpolitik. Ebenso klar auf der Hand liegt auch, daß die Steuerlasten wie gewöhnlich auf die breiten Massen der Bevölkerung abgewälzt werden.

Rundfunkberichterstatte der „Stimme Amerikas“ haben festgestellt, daß die USA-Presse die Botschaft Trumans „mit gemischten Gefühlen“ aufgenommen hat. Die „gemischten Gefühle“ werden offenbar vor allem durch den mangelnden Glauben an die Dauerhaftigkeit der Prosperität hervorgerufen, von der der Präsident in seiner Botschaft in einem so optimistischen Tone redet. In den USA herrscht die Meinung vor, daß die Geschäftsaktivität durch die Rüstungsausgaben aufrechterhalten werde. Die Prosperität, mit der die Presse der Monopole in ihren Neujaarsrückblicken geprahlt hat, betrifft lediglich die Profite der Großkapitalisten. Diese prosperieren wirklich, denn sie haben Ende 1948 nach Abzug aller Steuern 21,7 Milliarden Dollar Reingewinn in die Tasche gesteckt. Was dagegen den einfachen Amerikaner anbelangt, so wird seine Lage immer zweifelhafter. Wenn sich, der Statistik

des Arbeitsdepartements zufolge, der wöchentliche Durchschnittslohn vom September 1945 bis September 1948 um 30 Prozent erhöht hat, so sind die Lebenshaltungskosten in der gleichen Zeit um 35 Prozent gestiegen, was die Lohnerhöhungen, die die Arbeiter in schweren Streikämpfen erringen, zunichte macht.

Der Gewerkschaftsstatistik zufolge verdient ein Industriearbeiter durchschnittlich 54 Dollar die Woche. Um jedoch eine vierköpfige Familie anständig ernähren zu können, sind 78,50 Dollar die Woche erforderlich. 60 Prozent der amerikanischen Familien vereinnahmen weniger als 3000 Dollar jährlich, während jede Familie, um ihre Existenz fristen zu können, mindestens 4100 Dollar braucht. Vor kurzem vermerkten amtliche Wirtschaftsuntersuchungen in den USA die starke Steigerung der Zahl arbeitender Frauen in den letzten anderthalb, zwei Jahren, besonders solcher in höherem Alter. Dies ist ein klarer Beweis dafür, daß der Verdienst des Haushaltsvorstehers nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren.

Die Kaufkraft der Bevölkerung bleibt auf einer unbefriedigenden Höhe. Dies wird bestätigt durch die Einschränkung der Nachfrage nach Waren des Massenbedarfs. In der Textilindustrie, der Schuhindustrie und mehreren anderen Industriezweigen ist bereits ein Rückgang der Nachfrage, eine Überproduktion und eine Massenentlassung von Arbeitern zu verzeichnen.

Nüchterne Beobachter begreifen ausgezeichnet, daß der Rüstungswettkampf und der Kriegsboom keine Garantie für eine wirtschaftliche Stabilität und für eine Erhöhung des Lebensstandards des Volkes zu bieten vermögen.

Die Politik der regierenden Kreise der USA steht in schreiendem Gegensatz zu den Interessen des Volkes und des Landes als ganzem. Der wichtigste, der grundlegende Widerspruch liegt darin, daß diese Politik nicht auf Herstellung des Friedens, sondern auf die Vorbereitung eines Krieges um hoher Profite und um der Eroberungspläne der Monopoltruste willen bedacht ist. Deshalb stößt diese Politik bei den Volksmassen Amerikas auf Widerstand. Das ist den regierenden Kreisen der USA ausgezeichnet bekannt.

„Das Herzstück unserer auswärtigen Politik ist Frieden“, heißt es in der Botschaft des Präsidenten. Der einfache Amerikaner hört das und möchte dem Glauben schenken. Aber wenn der Präsident gleich darauf erklärt, die USA würden ihre Rüstungen und ihre Streitkräfte fieberhaft vergrößern, die Ausgaben für militärische Zwecke würden mit jedem Jahr steigen, so weiß der einfache Amerikaner nicht, wie er das Wettrüsten mit den Friedensversicherungen unter einen

Hut bringen soll. Es taucht unwillkürlich die Zweifelsfrage auf, ob das Programm der versprochenen sozialen Verbesserungen nicht nur Rauchvorhang, Tarnung für eine Politik ist, die sich direkt gegen die Interessen des Volkes richtet.

Einerseits versichert man dem Amerikaner, für ihn breche „eine neue Roosevelt-Ära“ an, verspricht man ihm ärztliche Behandlung seiner Familie auf Kosten des Staates. Andererseits aber fordert der Verteidigungsminister Forrestal hunderte Millionen für die Schaffung künstlicher Satelliten der Erde, von denen aus amerikanische Artillerie auf Weisung der Partner duPonts und Rockefellers jeden beliebigen Punkt des Erdballs beschießen könnte. Man muß sich die Gefühle eines einfachen USA-Bürgers vorstellen, der in Zeitungen und Zeitschriften Artikel mit Überschriften liest, wie den Artikel David Lawrences, des Redakteurs der Zeitschrift „United States News and World Report“: „Wir sind für einen unerwarteten Frieden nicht gerüstet.“ Er spricht davon, die amerikanische Wirtschaft werde zusammenbrechen, sobald der „kalte Krieg“ eingestellt werde! Die herrschenden Klassen Amerikas möchten die Bevölkerung des Landes vor die Alternative stellen: ökonomischer Zusammenbruch oder Wettrüsten, also in letzter Instanz Entfesselung eines Krieges.

Der gesunde Menschenverstand veranlaßt das Volk, diese Alternative abzulehnen, und sagt ihm, daß ein anderer Ausweg gesucht werden kann und muß. Der einfache Amerikaner sieht ja, daß es in der Welt Länder gibt, in denen keine solche Alternative gestellt ist, in denen das Wirtschaftsleben auf einer ganz anderen Grundlage beruht, in denen die Wirtschaft friedliche Zwecke anstrebt und in erster Linie die Bedürfnisse des Volkes befriedigt. Er sieht, daß in den Staatshaushalten Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns ein anderes Verhältnis zwischen den Bewilligungen für die friedliche Wirtschaftsentwicklung und den Rüstungsausgaben besteht. Er sieht, daß die militärischen Ausgaben in der Sowjetunion nur einen unbedeutenden Teil des Haushalts ausmachen, daß hier riesige Summen in der Entwicklung der Volkswirtschaft angelegt bzw. für die Befriedigung der ökonomischen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung bewilligt werden. Das amerikanische Volk sieht alles das und verlangt von seiner Regierung die Politik eines dauerhaften Friedens.

Es ist schwer, vor irgend jemand zu verheimlichen, daß die Politik der Expansion, der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, der Finanzierung der reaktionären Cliquen in der ganzen Welt katastrophale Fehlschläge erleidet. Die blutigen Abenteuer in China und Griechen-

land, die mit amerikanischen Waffen unternommen werden, haben diesen weder Ehre noch Ruhm noch auch die Erfüllung der gesteckten Ziele gebracht. Gab es doch selbst nach amerikanischen Berechnungen in dem kleinen zerfleischten Griechenland im Jahre 1947, als dort eine amerikanische Militärführung zwecks Leitung der Kriegshandlungen gegen das Volk eintraf, etwa 17 000 Partisanen, während heute, nach allen Kapitalaufwendungen für die Aufrüstung der griechischen reaktionären Clique, 25 000 Partisanen gezählt werden und die Zahl derjenigen, von denen die amerikanischen Okkupanten glauben, daß sie „aktiv mit den Partisanen sympathisieren“, auf 150 000 geschätzt wird.

Die am Wettrüsten interessierten Monopole und die Clique der Kriegsbrandstifter, die bei den Wahlen eine Niederlage erlitten hat, üben einen kolossalen Druck auf das ganze Leben der USA aus, um eine Weiterführung der früheren Politik durchzusetzen. Die Presse dieser Monopole macht der Kampagne, durch die die Kriegshysterie geschürt wird, kein Ende. Um den Rüstungswettlauf zu rechtfertigen, wiederholt die Presse der Monopole die Lesart von der angeblich bestehenden „Gefahr für die Sicherheit der USA“ und verlangt eine „Bändigung“ der Sowjetunion. In amtlichen Kreisen werden weitere Vorbereitungsarbeiten zwecks Erweiterung der aggressiven Westlichen Union zu einem atlantischen Block geleistet, der gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtet ist. Alles das muß natürlich die breitesten demokratischen Kreise in Amerika beunruhigen.

Die Hauptbeschuldigung, die die fortschrittliche demokratische Öffentlichkeit der USA gegen die Lenker der Außenpolitik erhebt, besteht darin, daß sie den in Potsdam und Jalta beschlossenen Kurs aufgegeben, übernommene internationale Verpflichtungen verletzt und eine ehrliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abgelehnt haben. Vernünftige Amerikaner verlangen schon längst eine Wiederherstellung dieser Zusammenarbeit. Der amerikanische Wähler versteht unter Rooseveltpolitik nicht nur eine Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes und eine Wiederherstellung des Wagner-Gesetzes, sondern auch die Einstellung des „kalten Krieges“ und die Rückkehr zu freundschaftlichen Beziehungen mit dem Sowjetland.

Wenn also die Rüstungsmonopole und die Trüste der Waffenfabrikanten einen riesigen Druck ausüben, indem sie eine Fortsetzung der aggressiven USA-Politik verlangen, so spüren die herrschenden Klassen gleichzeitig auch einen nicht weniger starken Druck von seiten der Volksmassen, die gegen diesen aggressiven Kurs protestieren.

Die Botschaft des Präsidenten Truman widerspiegelt den tiefgreifenden inneren Kampf, der in den USA vor sich geht. Die Volksmassen und die fortschrittliche demokratische Öffentlichkeit dieses Landes verlangen eine vernünftige und gesunde Friedenspolitik, während die Monopole, die eine übermäßige Macht an sich gerissen haben, das Wetttrüsten organisieren und einen neuen Krieg vorbereiten. Das in den Botschaften des Präsidenten entwickelte Programm bringt keine Lösung dieses Widerspruchs, da es den Monopolen in der Tat, den Wünschen des Volkes aber nur in Worten nachgibt. Die fortschrittlichen Kreise der USA und ihre Presse bringen nicht unbegründete Befürchtungen zum Ausdruck, dahingehend, ob Trumans Versprechungen auch Erfüllung finden werden und ob der Kongreß nun wenigstens die von ihm beantragten bescheidenen

Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Rechte des Volkes sowie auf dem Gebiet der Volksbildung, des Gesundheitsschutzes usw. annehmen wird.

Gleichzeitig aber ist das Versprechen des Präsidenten Truman, in der Innenpolitik zu dem fortschrittlichen Kurs Roosevelts zurückkehren und in den auswärtigen Beziehungen eine Politik des Friedens durchführen zu wollen, zwar nur ein Wortzugeständnis, aber doch immerhin ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung und die Volksmassen. Schon allein die Notwendigkeit, solche ideologisch-politischen Zugeständnisse zu machen, beweist, daß die regierenden Kreise gezwungen sind, der Tatsache der Isolierung der Kriegsbrandstifter und dem unzweideutig zum Ausdruck gekommenen Friedenswillen der Volksmassen Rechnung zu tragen.

Internationale Umschau

(Notizen)

ZAUBERHAFTE WANDLUNGEN EINES VERTRAUTEN GESICHTS

Bevor man von dem Artikel spricht, der kürzlich in der Londoner „Times“ erschienen ist, dürfte es angebracht sein, einen Rückblick zu halten und sich der schweren Kriegszeit zu erinnern.

Man schrieb das Jahr 1943. Die Völker Europas stöhnten unter dem Hitlerjoch. Sirenen verkündeten heulend Fliegeralarm, und der nächtliche Himmel über London wurde von den Explosionen deutscher Bomben erhellt... Aber schon war der große Sieg bei Stalingrad eine Tatsache, und die Sowjetarmee trieb, alle Berechnungen des deutschen Oberkommandos über den Haufen werfend, die faschistische Horde unaufhaltsam nach Westen.

Damals trafen die Führer der drei Großmächte in Teheran zum erstenmal zusammen. Sie verkündeten laut und vernehmlich ihre Entschlossenheit, den Feind zu zerschmettern, und erklärten, die verbündeten Länder würden sowohl während des Krieges als auch später, in den Tagen des Friedens, Hand in Hand arbeiten. Zu der Zeit rief die „Times“ begeistert aus:

„Eine Vereinbarung von so allumfassendem Charakter kennzeichnet eine neue Phase in den Beziehungen der drei Mächte ... und eine Welt, die den Gehässigkeiten und Grausamkeiten unseres gepeinigten Zeitalters entwachsen ist, dürfte eines Tages auf diese Zusammenkunft zurückblicken als auf eine Etappe, die auf dem langen Weg zur Versöhnung der Menschheit erreicht worden ist.“

Man schrieb das Jahr 1945. Siegreich führte die Sowjetarmee eine gigantische Schlacht an der Oder. In jenen Tagen entschied sich das Schicksal Berlins, dieser Höhle der faschistischen Bestie. Endlich rückten auch die Truppen der Alliierten vor — sie erreichten das Rheinland...

Auf der Konferenz von Jalta wurde erneut die allgemeine Entschlossenheit der verbündeten Mächte bekräftigt, in der bevorstehenden Friedenszeit die Einheit der Ziele und Handlungen aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Und wieder schrieb die Londoner „Times“ in befriedigtem Ton:

„Der Erfolg der Konferenz hat die kühnsten Hoffnungen gerechtfertigt ... Probleme, die nach den Presse- und Rednerpolemiken recht strittig erschienen, wurden ins rechte Licht gerückt und rasch gelöst.“

Nun aber schreiben wir das Jahr 1949. Längst sind die Geschützsalven des zweiten Weltkriegs verhallt. Es ist an der Zeit, das zu verwirklichen, was die „Times“ in den Tagen von Teheran und Jalta begrüßte, als in London noch die Explosionen feindlicher Bomben aufblitzten. Was denkt das Organ der Londoner Börsenleute heute darüber? Wie sich zeigt, hat die „Times“ ein recht kurzes Gedächtnis. In einem redaktionellen Artikel mit einer Übersicht über die Sowjetpresse schreibt sie:

„Allgemeine Abkommen nach dem Muster von Teheran und Jalta, die auf der Annahme beruhen, der allgemeine Wunsch nach Einigung und sogar gewisse allgemeine Ideale seien vorhanden, haben sich inzwischen längst als zwecklos und irreführend erwiesen.“

Das Blatt hat also, seinem eigenen Ratschlag folgend, Rückschau auf das historisch bedeutsame Zusammentreffen von Leheran gehalten, aber nur, um dies Zusammentreffen zu verneinen. Welche neuen Ideale hat London entdeckt?

Die „Times“ kennzeichnet sie in folgenden Worten:

„Die Basis für die westliche Politik ist in der Westlichen Union und im ... atlantischen ... Pakt gelegt worden...“

Man läßt also alle Zeremonien beiseite. Das, womit sich während des Krieges eins der einflußreichsten Blätter Englands schweren Herzens einverstanden erklären mußte, ruft jetzt, nach dem Siege, nur seine Gereiztheit hervor. Die „Times“ fordert zu einem Kriegsbündnis, zu einem bewaffneten Block gegen die Verbündeten der jüngsten Vergangenheit auf. Ihr Traum ist es, „die Russen davon zu überzeugen“, daß „der Westen stark ist“, sie träumt von aktiveren und weitergehenden Aktionen „im Maßstab ganz Asiens“.

Zauberhafte Wandlungen haben die vertrauten Züge der „Times“ durchgemacht. Die Maske ist gefallen, und aus den Spalten des Blattes starrt der Welt die Physiognomie eines hemmungslosen Kriegsbrandstifters entgegen.

NEOFASCHISMUS „OHNE VORURTEILE“

Der Anfang des neuen Jahres brachte in Westdeutschland eine unverhüllte Aktivierung der faschistischen Elemente. Die deutschen Faschisten, die das gönnerhafte Verhalten der Besatzungsbehörden und den Rückhalt hoher Herren, nämlich Churchills und anderer englisch-amerikanischer Reaktionäre, spüren, haben nicht nur aufgehört, um ihre teure Haut zu bangen, sondern erheben immer unverschämter Anspruch auf die politische Führung in den Westzonen.

Wie der Deutsche Pressedienst meldet, findet am 22. und 23. Januar in Braunschweig (britische Zone) der Gründungskongreß einer neuen faschistischen Partei statt, genannt die „Deutsche Union“. Diese Organisation empfiehlt sich als „politische Bewegung ohne doktrinaire Vorurteile“. Gleichzeitig hat die „Deutsche Union“ beantragt, man solle ihr die Betätigung in Nordrhein-Westfalen und Berlin gestatten.

Eine andere Naziorganisation, die als „Bund für Deutschlands Erneuerung“ bekannt ist und aus Anhängern Otto Strassers besteht, betätigt sich im Ruhrgebiet, in Hannover und in der französischen Besatzungszone. Deutschen Pressemeldungen zufolge, hat die Strassergruppe von Industriekreisen bereits finanzielle Unterstützung

in Höhe von einer Million Mark erhalten. Die Freunde Otto Strassers, der die letzten Jahre in Kanada zugebracht hat, machen Reklame für ihren Anführer und verbreiten seine Erinnerungen. Am 9. Januar fand unter den schützenden Fittichen der britischen Behörden in Hannover eine offene Zusammenrottung der Strasseranhänger statt, bei der faschistische und revanchistische Reden gehalten wurden.

Die Belebung der faschistischen Elemente in Westdeutschland ist eine unmittelbare Folge der Politik der Besatzungsmächte, die die Entnazifizierung in eine widerliche Farce verwandelt haben. Noch vor kurzem schrieb die englisch-amerikanische Presse von „illegalen“ Nazis in den Westzonen. Jetzt kommt der deutsche Neofaschismus aus der Illegalität hervor und betritt die politische Arena.

Otto Strasser, den man zum Bannerträger der faschistischen Wiedergeburt in Westdeutschland machen möchte, ist ein Bruder und Gesinnungsgenosse des großen Nazirädelführers Gregor Strasser. Die beiden Ajaxe Otto und Gregor Strasser gehörten viele Jahre lang dem engeren Kreis der Naziführung an. Nur durch den Kampf um die Macht in der Nazispitzenclique sah sich Otto Strasser zeitweilig beiseite geschoben und verließ Deutschland. Aber auch in der Emigration blieb er sich selbst und seinen faschistischen Anschauungen treu. Mit einer Gruppe Gleichgesinnter erneuerte er die sogenannte „Schwarze Front“, die sich ganz der englisch-amerikanischen Reaktion zur Verfügung stellte. Strassers Briefe an seine Anhänger in Deutschland lassen erkennen, daß seine Berechnungen auf dem Antisowjetkurs der Westmächte und auf der Entfesselung eines neuen Krieges basieren.

Die englisch-amerikanischen reaktionären Kreise sind nicht abgeneigt, sich Strassers zu versichern um mit seiner Hilfe die schwärzesten Elemente des deutschen Faschismus in den Dienst ihrer Pläne zu stellen, diese Elemente, denen alle „Vorurteile“ abgehen und die bereit sind, unter jeder beliebigen Flagge den Kampf gegen die Demokratie, gegen den Frieden und die Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Man darf nicht außer acht lassen, daß der deutsche Faschismus sein Haupt gerade in dem Augenblick erhebt, wo in den Westzonen die letzten Vorbereitungen zur Schaffung eines westdeutschen Marionettenstaats zu Ende geführt werden. Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß der Hitlernachtrab von der Sorte Strassers darauf rechnet, in diesem als Bollwerk der Reaktion in Europa gedachten „Staat“ feste Positionen zu beziehen. Nicht umsonst gerieten die Schumacherleute in helle Aufregung,

erblickten sie doch in der Strassergruppe einen gefährlichen Konkurrenten. Nicht umsonst suchen sie ihren angelsächsischen Brotgebern so eindringlich zu beweisen, daß die rechtsstehenden Sozialdemokraten ebenfalls von allen „doktrinären Vorurteilen“ frei sind und ohne Hilfe offener Faschisten die ihnen angewiesene Rolle von Würdern der Demokratie zu spielen imstande sind.

Die Versuche, in Westdeutschland die faschistischen Räuberorganisationen wiederaufleben zu lassen, stoßen bei den demokratisch gesinnten Kreisen des deutschen Volkes auf entschiedenen Widerstand. Deutschland braucht keinen neuen „Führer“. Es ist auf das lebhafteste an einer Ausmerzung des Faschismus und an einer demokratischen Entwicklung interessiert.

DAS DOPPELSPIEL SKANDINAVISCHER MINISTER

Die Beratung der Ministerpräsidenten, Außenminister und Kriegsminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks, die vor einigen Tagen in Karlstad tagte und auf der der Anschluß Skandinaviens an den atlantischen Block erörtert wurde, hat in weiten Kreisen der nordischen Länder starke Beunruhigung hervorgerufen. Die aggressiven Gelüste der USA-Militaristen, die ihre Klauen nach den militärischen Stützpunkten und Flugplätzen in den skandinavischen Staaten ausstrecken, sind unverkennbar. Unter verstärktem Druck Washingtons suchte der norwegische Außenminister Halvard Lange unmittelbar vor der Karlstader Konferenz seine Kollegen unter erpresserischen Druck zu setzen, indem er erklärte, Norwegen habe sich bereits für den Eintritt in den atlantischen Block entschieden und erwarte das gleiche von den übrigen nordischen Ländern.

Die schwedischen Staatsmänner baten sich aber Bedenkzeit aus, weshalb beschlossen wurde, auf die Frage des atlantischen Pakts am 22. Januar, während der Kopenhagener Konferenz derselben Minister, zurückzukommen. Inzwischen haben die schwedischen Militärfachleute einer in Oslo eröffneten Geheimsitzung des sogenannten Verteidigungskomitees der nordischen Länder einen schlaun Plan vorgelegt, der die Schaffung eines „neutralen“ nordischen Militärbündnisses betrifft, und vorgeschlagen, es mit dem atlantischen Pakt zu verknüpfen.

Die schwedischen Sozialdemokraten suchen sich auf Umwegen dem atlantischen Pakt anzuschließen. Die Volksmassen aber sind entschieden gegen die Abenteuerpolitik, die auf Beteiligung an aggressiven Blocks abzielt, wie sie von den USA in Westeuropa gebildet werden. Jeder

Regierung, die sich offen für Schwedens Beteiligung an imperialistischen Intrigen ausspricht, droht ein Fiasko. Das halbamtliche Blatt „Morgontidningen“ gibt zu, daß gegen die Beteiligung Schwedens an verschiedenen Gruppierungen der Großmächte weite Kreise des schwedischen Volkes protestieren. Eine derartige Politik wird dort nicht ohne Grund abenteuerlich genannt.

Die rechtsstehenden schwedischen Sozialdemokraten, die sich im Gestrüpp des Marshallplans verstrickt haben und die geheime Hoffnung hegen, im Rahmen des militärischen „Forrestalplans“ Millionen Dollar zu erhalten, müssen daher manövrieren und ihre wahren Ziele tarnen. Dasselbe Blatt, „Morgontidningen“, tritt für Schwedens Beteiligung an einem „starken und neutralen nordischen Militärbündnis“ ein, das angeblich unabhängig von den Blocks der Westmächte sein soll.

Die Manöver der schwedischen Sozialdemokraten stellen unbeabsichtigt deren Gesinnungsgenossen in Dänemark bloß. In ihrer Sucht, es Washington recht zu machen, gehen diese ungeschlachtet vor. Das dänische Blatt „Information“ erklärt, der nordische Block, der formal ein neutraler Block sein soll, rechne ebenso wie die Westliche Union auf amerikanische Hilfe in Gestalt von Waffen und auf militärische Garantien der USA.

Die diplomatische Maschine in den nordischen Hauptstädten arbeitet mit Volldampf. Die skandinavischen Politiker suchen bis zur Eröffnung der Kopenhagener Konferenz von den USA den Segen für die von ihnen vorgeschlagene Variante der Einbeziehung des Nordens in das amerikanische System aggressiver Blocks in Form einer „neutralen“ nordischen Union zu erlangen.

Aber die rechtsstehenden schwedischen Sozialdemokraten machen sich nur selbst etwas vor, wenn sie meinen, ihr Doppelspiel verbergen zu können. Wer wird ihnen glauben, daß die USA-Imperialisten einem nordischen Block Waffen und militärische Garantien zur Verfügung stellen werden allein um der schönen „neutralen“ Augen der rechtsstehenden schwedischen Sozialdemokraten willen?!

FINNISCHE NACHBETER DER WELTREAKTION

In letzter Zeit mangelte es nicht an Versicherungen offizieller Persönlichkeiten Finnlands, ihr Land halte sich getreulich an die freundschaftliche Politik gegenüber der Sowjetunion. Die reaktionäre Presse Finnlands aber, die die Stimmungen der regierenden Kreise von Helsinki aus allernächster Nähe kennt, schenkt diesen

Versicherungen keinerlei Beachtung, um so weniger, als manche von ihnen, darunter auch die des Ministerpräsidenten Fagerholm, ziemlich zweideutig klangen.

Die reaktionären Blätter Finnlands verpassen keine Gelegenheit, um ihre Geistesverwandtschaft mit der marktschreierischen und kriegslustigen Presse der Länder des Westblocks nachzuweisen, in den die finnische Reaktion das Land hineinzuschleppen trachtet. In Helsinki druckt man ohne mit der Wimper zu zucken jeden beliebigen sowjetfeindlichen Unsinn, jedes auch noch so sinnlose Ammenmärchen nach, wenn es nur dem Zweck dient, die Sowjetunion anzuschwärzen. Ein neuestes Muster solcher Wahllösigkeit lieferte das reaktionäre Blatt „Nya Pressen“, das Organ der Schwedischen Volkspartei Finnlands. Kürzlich stellte es seine Spalten dem Wiener Korrespondenten des schwedischen Telegraphenbüros zur Verfügung, der phantasiert, auf dem Territorium Ungarns würden für Kampfhandlungen gegen Jugoslawien „russische Truppen konzentriert“.

Die Redaktion von „Nya Pressen“ befindet sich keineswegs in einem solchen Krähwinkel, daß sie die Lügenhaftigkeit dieser provokatorischen Erfindungen des schwedischen Telegraphenbüros nicht feststellen könnte. Die Gebieter dieses Organs geben sich jedoch, ebenso wie die anderer reaktionärer Blätter von Helsinki, gern den Anschein, als nähmen sie das schwedische Telegramm aus Wien für bare Münze. Mit wahrer Wollust geben die Lügner in Helsinki das unsinnige Geschwätz irgendwelcher „politischer Flüchtlinge“ über die „Konzentrierung“ von mehr als 60 Sowjetdivisionen in Ungarn wieder.

Die Redakteure der „Nya Pressen“, die ihren Lesern mit ernster Miene dieses starke Antisowjetgebräu vorsetzen, haben damit gezeigt, was die finnische Reaktion von ihnen erwartet, der es darum zu tun ist, die Beziehungen zur Sowjetunion um jeden Preis zu vergiften. Daß die unsinnigen Verleumdungen über eine „russische Truppenkonzentration“ in schwedischer Sprache geliefert wurden, kann niemand täuschen. Jeder ehrliche Finne, der Frieden und Freundschaft zwischen seinem Land und dem mächtigen Sowjetstaat wünscht, wird begreifen, daß die reaktionäre Presse Finnlands immer offener die Sprache der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihrer Nachbeter zu sprechen beginnt.

EINE MISSETAT DER TÜRKISCHEN REAKTIONÄRE

Ali Sabahattin, ein bekannter fortschrittlicher Schriftsteller der Türkei, ist von türkischen Faschisten, Panturkisten, ermordet worden.

Sabahattin hatte sich den Haß der türkischen Reaktion dadurch zugezogen, daß er in seinen Werken das freudlose Leben der arbeitenden Bevölkerung der Türkei, den Hunger und das Elend, in dem sie dahinvegetiert, schilderte und das Regime der Polizeiwillkür entlarvte. Furchtlos richtete er seine scharfe Feder gegen die Verräter des Volkes und der Unabhängigkeit des Landes. Er schrieb:

„Die Feinde des Volkes stecken alle unter einer Decke. In einer Reihe stehen der alte Fuchs Yalçın, der Wüstling Kurtuluş, der unermüdete Verteidiger der Auslandsinteressen Yalman, der typische Byzantiner Körprülü, ferner Kenen Öner, der ein Spielzeug in den Händen der Panturkisten ist. Diese Leute schwätzen von einer ‚Roten Gefahr‘. Das Volk aber weiß, daß die einzige Gefahr, die der Unabhängigkeit, Freiheit und Existenz des Landes droht, die Handlungsweise der heutigen unfähigen Regierung ist.“

Mit Billigung der Regierung hetzten die Panturkisten gegen Ali Sabahattin. Im Frühjahr 1944 verbrannten faschistische Rowdys auf einem Platz von Ankara öffentlich seine Bücher.

Der Schriftsteller war, ebenso wie viele andere fortschrittliche Persönlichkeiten der Türkei, un-
aufhörlich Polizeiverfolgungen ausgesetzt. Wiederholt wurde er ins Gefängnis geworfen.

Alle Zeitungen, an denen Ali Sabahattin mitarbeitete, z. B. „Tan“, wurden zerstört. Aber jedesmal, wenn der Schriftsteller das Gefängnis verließ, nahm er seine literarische Arbeit in neuentstehenden demokratischen Presseorganen wieder auf, so auch in einer Zeitung mit dem charakteristischen Namen „Zincirli Hürriyet“, „Gekettete Freiheit“.

Trotz der Hilfe ihrer amerikanischen Gebieter ist die türkische Reaktion nicht imstande, das Streben des Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit zu unterdrücken. Die Morde an fortschrittlichen Persönlichkeiten lassen die ganze Tiefe der Kluft erkennen, die die dollarhörige Clique vom türkischen Volk trennt. Hierüber schrieb Ali Sabahattin in seinen Werken, bis er einem faschistischen Mordbuben zum Opfer fiel. Seine Bücher aber können nicht gemordet werden. Sie rufen auch weiter die türkischen Bauern, Arbeiter und Geistesschaffenden auf, entschlossen für die nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen.

Lenin und das Volk

ALEXANDER BESYMENSKI

NICHT SCHRANKEN noch Maß hat die Größe des Menschen, der den Werktätigen das Glück gebracht hat. Eine gleichwertige Großtat ist weder in der antiken Mythologie noch in den Volkssagen zu finden. Und dem Vollbringer dieser Tat erweist das Volk die höchste Ehre. Ein solcher Mensch ist Lenin. Sein Ruhm gründet sich weder auf Verse noch auf Monumente und Lieder, sondern erklingt in dem neuen Leben der Völker, das er durch sein Titanenwerk erschlossen hat. Darum ist Lenins Name allorten vernehmlich. Millionen einfacher Menschen an allen Ecken und Enden des Erdballs nennen ihn wieder und wieder.

Jede Begegnung mit Lenins Namen wird für den werktätigen Menschen zum Fest. Hier einige dieser Begegnungen...

* * *

November 1917. Peterhof.

In der Kaserne des 3. Regiments, das sich an der Erstürmung des Winterpalastes, dieser Hochburg der russischen Selbstherrschaft, aktiv beteiligte, findet eine Kundgebung statt. Arbeiter und Bauern in grauen Soldatenmänteln besteigen die Tribüne und begrüßen die Schaffung der Arbeiter- und Bauernregierung, den Triumph der Sowjetmacht.

Mit aufmunternden Zwischenrufen unterstützen die Versammelten gutmütig manchen ungeübten Redner, der den Gedanken auszudrücken sucht, man werde sicherlich bald besser leben. Der Redner fühlt sich als Herr des Landes und als Beherrscher des Lebens, weiß jedoch nicht, mit welchen Worten er darüber sprechen soll. Unermeßliche Freude weitet seine Brust. Aber auf welcher granitenen Grundlage beruht diese Freude, die ihm erlaubt, mit solcher Sicherheit heute vom frohen morgigen Tag zu sprechen?

Die Antwort drang von der Straße herein.

In die Kaserne stürzten Dutzende von Arbeitern, Matrosen und Soldaten, in den Händen Berge von Flugblättern, die noch den Geruch frischer Druckerschwärze ausströmten. Die Blätter waren so zahlreich, daß jeder Teilnehmer der Kundgebung je ein Exemplar zweier der erhaltensten Dokumente der Geschichte zur Hand nehmen konnte, gedruckt auf rotem, wie Pappe grobem Papier.

Es waren dies das „Dekret über den Frieden“ und das „Dekret über Grund

und Boden“. Beide mit einer und derselben Unterschrift: LENIN.

Im Saal herrschte tiefes Schweigen, das feierlichste, das jemals auf Erden geherrscht hat. Die Soldaten streichelten mit ihren schwieligen Händen die Blätter, als wollten sie die ganze Tiefe ihrer Erkenntlichkeit für den Menschen bekunden, der ihr Sehnen in die Tat umgesetzt hatte. Die Worte der Dekrete waren klar und präzise.

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 6./7. November (24./25. Oktober) geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegsführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen...“

„Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung abgeschafft... Das Recht des Privateigentums an Grund und Boden wird für immer aufgehoben... Der gesamte Boden, mag er dem Staate, der Krone, der Domänenverwaltung, den Klöstern, Kirchen, Majoraten, Privatbesitzern, Gemeinden, Bauern... gehören oder Possessionsland sein, wird... zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben...“

Einstimmig und einmütig donnerte ein mächtiges „Hurra!“. Hunderte von Händen schwenkten sich in die Höhe. In jeder von ihnen flatterte das rote Blatt des Dekrets — ein Banner des Kampfes, des Lebens und der Zukunft.

Auf den Bannern stand der große Name: LENIN.

* * *

Das Jahr 1928. Italien.

Der Zug jagt von Mailand nach Paris. Ein schönes Landschaftsbild dehnt sich zu beiden Seiten des Bahnkörpers. Ich habe Dutzende Ansichtskarten mit Abbildungen der Seen und Wälder gekauft, an denen der Zug vorbeifliegt, und schreibe an Verwandte und Bekannte. Auf einer der letzten Stationen vor der französischen Grenze will ich aus dem Waggon eilen und die Postkarten einwerfen. Der Zug hält höchstens eine Minute, aber für mein Vorhaben genügt das durchaus.

Der Augenblick ist gekommen. Ich bin vom noch fahrenden Zug abgesprungen, stürze zum Stationsgebäude, laufe von allen Seiten um das

Gebäude herum, aber kein Briefkasten ist da. Was tun?

In der Nähe steht ein Italiener in der Uniform eines subalternen Eisenbahnbeamten. Ich rufe ihn herbei und spreche das fast einzige mir in mehreren Fremdsprachen geläufige Wort:

„Compagno!“

Dann gebe ich ihm durch Gesten zu verstehen, daß die Postkarten in einen Briefkasten gehören, und setze deutsch hinzu:

„Postkarten!“

Der Italiener nimmt mir die Postkarten aus den Händen und flüstert in deutscher Sprache:

„Warum sagen Sie ‚Compagno‘? Hier wird man dafür verfolgt! Verhaftet! Ich bin Arbeiter. Zu mir darf man nicht Compagno sagen!“

Keine Zeit zum Grübeln. Ich antworte, vielleicht lauter als es angebracht ist:

„Ich bin aus Sowjetrußland!“

Der Zug fährt an. Ich springe auf das Trittbrett. Und der italienische Eisenbahner läuft hinter dem Zug her. Sein Gesicht strahlt. Er hat alle Vorsicht vergessen und ruft wieder und wieder mit lauter Stimme:

„Compagno! Compagno! LENINI! Evviva LENINI!“

Die Bahnstation war längst verschwunden. An die Griffstange geklammert, stand ich immer noch auf dem Trittbrett. Der Wind pflüß, aber in meinen Ohren tönte der nicht wiederzugebende begeisterte Klang dieser wenigen Worte:

„LENINI! Evviva LENINI!“

* * *

Das Jahr 1945. Ein Gebirgspaß in den Sudeten. Armeebefehlshaber Marschall Rybalko steht vor den Offizieren einer Panzertruppen-Gardebrigade. Er ist außer sich.

„Unerhört! Wir treten auf der Stelle, während das aufständische Prag verblutet!“

Keiner widersprach ihm auch nur mit einem Wort, obwohl er den täglichen Hundertkilometermarsch als ein „Auf-der-Stelle-Treten“ bezeichnet hatte. Keine Marschgeschwindigkeit hätte den Drang der Sowjetkämpfer zufriedenstellen können, der Tschechoslowakei bei der Befreiung vom Hitlerjoch zu helfen. Achtzig Kilometer von Prag entfernt standen amerikanischen Truppen, aber sie taten keinen Schritt, um der Hauptstadt der Tschechoslowakei entgegenzueilen, die durch Funkpruch unablässig Hilfe für die aufständischen Helden erbat. Die Sowjettruppen jedoch legten in 5 Tagen ein halbes Tausend Kilometer zurück und befreiten das befreundete Land. Über Gebirge führte ihr Weg, aber die Gebirge wurden bezwungen. Gekennzeichnet war dieser Weg durch Hunderte von Gefechten mit den faschisti-

schen Mordgesellen, aber die Faschisten wurden vernichtend geschlagen.

Mittag des 9. Mai. Die Panzer der Armee Rybalkos haben die Überreste der sich widersetzen-den Hitlertruppen völlig zerschmettert und stehen auf dem Wenzelsplatz. Prag jubelt. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge füllt die Straßen der Stadt. Man wirft uns in die Luft, umarmt uns, küßt uns — und es ist unmöglich, dieser Begeisterung uns teurer Menschen zu widerstehen.

Und da — fast gleichzeitig, wie aus einem einzigen Impuls, steigen über den Türmen der sowjetischen Stahlpanzer die Gardebanner empor.

Der frohe Wind der Freiheit bewegt die roten Fahnentücher — und auf jedem von ihnen zeichnet sich das Bild des Mannes ab, dessen Namen heute Millionen befreiter Tschechen und Slowaken zugleich mit dem Namen Stalin begeistert auf den Lippen tragen, das Bild des Mannes, dessen Namen alle Werktätigen der Welt stets zugleich mit dem Namen Stalin ehrfurchtsvoll aussprechen.

„LENINI!“

Vom einen zum anderen Ende des gewaltigen Platzes wogen Beifallsstürme.

„LENINI!“

Über den Wenzelsplatz hatte die Freude ihre Schwingen gebreitet. Dankbarkeit überstrahlte ihn nicht minder hell als die Maisonne. Die Gewißheit lichter Zukunft ließ die freudig erregten Gesichter erglühen.

All dies strömte zusammen in einem einzigen Wort:

„LENINI!“

* * *

Es wäre unmöglich, alles aufzuzählen oder auch nur zu erwähnen, wodurch die Menschheit und unser Sowjetvolk sich Lenin verpflichtet wissen. Weder ein Zeitschriftenartikel noch tausend Bände leisten dem Genüge. Indes gerade darin besteht die Größe Lenins, daß man bei der Betrachtung auch nur eines einzigen Ausschnitts unseres Sowjetlebens wie in einem Spiegel den Widerschein des Leninschen Genius, des Leninschen Weitblicks, der Leninschen Weisheit wahrnehmen kann.

... Fliegt man über die gleichmäßigen Dnjeprsteppen und entrollt sich unter den Schwingen des Flugzeugs das breite Band des großen ukrainischen Stroms, so wird man durch ein ungewöhnliches Schauspiel in Erstaunen versetzt: ein deutlicher und präziser, gleichsam auf ein Reißbrett gezeichneter Bogen ist über den Dnjepr gespannt. Zu beiden Seiten des Bogens stehen dichtgedrängt Gebäude, Bauwerke und Fabrikanlagen; dem Bogen streben Bahnlinien zu. Es ist das nach Wladimir Iljitsch Lenin benannte

Dnjepr-Wasserkraftwerk, der Ruhm und Stolz des Sowjetvolks. Eines der prächtigsten Denkmäler für Iljitsch ist Dnjeproges, diese Verkörperung einer Idee des großen Volksführers.

Nehmt Band XXII der Sämtlichen Werke Lenins zur Hand und schlagt Seite 489 auf. Lest dort den vorletzten Absatz des „Entwurfs eines Plans wissenschaftlich-technischer Arbeiten“:

„... Eine besondere Berücksichtigung ist der Elektrifizierung der Industrie und des Transportwesens und der Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft zuzuwenden.“

Das wurde im April 1918 geschrieben, in den Tagen erbitterten Bürgerkriegs, in den Tagen des Hungers und der Zerrüttung, in den Tagen, da die Truppen der britischen, deutschen, französischen und japanischen Interventen die junge Sowjetrepublik von allen Seiten angriffen...

Im harten Winter 1920 unterbreitete Lenin dem Sowjetkongreß den Plan der Elektrifizierung Rußlands, der auf seine Initiative und unter seiner Leitung von hervorragenden Ingenieuren des Landes ausgearbeitet worden war.

Im Sommer 1921 teilte Lenin das Fazit der ersten Arbeiten nach dem Elektrifizierungsplan mit und erklärte:

„Zwölftausend Kilowatt ist ein sehr bescheidener Anfang. Vielleicht wird der Ausländer, der die amerikanische, deutsche oder schwedische Elektrifizierung kennt, darüber lachen. Aber ich sage, wer zuletzt lacht, lacht am besten.“

Seither hat das Sowjetland Hunderte von Kraftwerken errichtet. In der Kraftstromerzeugung war es vom fünfzehnten Platz in der Welt (1913) bereits am Ende des zweiten Planjahres fünfts auf den dritten Platz in der Welt und auf den zweiten in Europa gerückt. Zu den größten Kraftwerken der Epoche gehörte das Lenin-Wasserkraftwerk am Dnjepr — Dnjeproges. Der Name dieses Kraftwerks war ein Symbol der sozialistischen Industrialisierung.

Im Dnjeproges, wie in allem, was durch Lenins Genius oder in seinem Auftrag geschaffen ward, verkörpert sich die unsterbliche Kraft der Wahrheit, die er der Welt gebracht.

Wie viele grimmige Feinde der Menschheit suchten dieser Wahrheit den Weg zu verrammeln, sie zu bezwingen, auszutilgen oder irgendwen zum Verrat an ihr zu nötigen! Alle diese Anstrengungen endeten mit einem Fiasko.

Es gelang den Hitlerfaschisten, den Dnjeproges an sich zu reißen. Sie wollten seine Ingenieure zur Arbeit in dem eroberten Kraftwerk zwingen. Aber kein einziger von ihnen trat in den Dienst der Faschisten. Und die Tätigkeit der illegalen Organisation der Bolschewiki

und der Partisanen verwandelte den Boden, über den die Faschisten zogen, in einen feuerspeienden Vulkan.

Von den Sowjettruppen gejagt, sprengten die Hitlerleute das Kraftwerk, 10 Talsperrenpfeiler, das Pfahlwerk und die Schutzmauer. Aber konnte man etwa durch diesen Barbarenakt das unsterbliche Werk Lenins zunichte machen?

In einer Märznacht des Kriegsjahrs 1944 begann zum erstenmal nach der Vertreibung der Hitlerfaschisten aus Saporoschje an der Stätte des Dnjeproges eine Dynamomaschine mit einer Kapazität von — 3 Kilowatt zu arbeiten! Die ersten Glühbirnen leuchteten auf — und die Sowjetmenschen, als Menschen mit heißem Herzen, klarem Verstand und festem Willen, betrachteten dies als Unterpfand der Wiedergeburt des Dnjeproges, als Beginn einer neuen Blütezeit der sowjetischen Kraftwirtschaft.

Der Wiederaufbau des Dnjeproges gleicht einem wunderbaren Heldenlied. Die Sowjetmenschen überwand nicht nur die Elementarkraft des Wassers und bezwangen nicht nur tausende Kubikmeter Beton, sondern auch die Tricks der amerikanischen Firma General Electric Co., die drei untaugliche Stützzapfenlager geliefert und die Lieferung elektrischer Ausrüstung für den ersten Turbogenerator aufgehalten hatte.

Bei 22 Grad Frost errichteten Sowjetingenieure und -arbeiter das Gerüst der offenen Unterstation, wobei sie in 20 Meter Höhe arbeiteten. Aus den Überresten alter Aggregate stellten sie die ganze elektrische Ausrüstung für den ersten Turbogenerator wieder her und montierten sie. Die Stützzapfenlager wurden von ihnen in Ordnung gebracht und 4 Turbinen des Dnjeproges in Gang gesetzt.

Sie arbeiteten an dem Wiederaufbau des Lenin-Kraftwerks. Sie siegten, denn über ihnen wehte das Banner LENINS.

... Wir geben dies denen zur Kenntnis, die über die Elektrifizierung des Sowjetlandes 1918 gelacht haben und heute wieder zu lachen versuchen. Es ist Tatsache, daß Dnjeproges mit Volldampf wiederhergestellt wird und daß zwei große Aufgaben gleichzeitig gelöst werden: die Kraftstromerzeugung und der weitere Ausbau des Kraftwerks auf Grund der vorgeschrittenen Sowjettechnik. Zwischen dem Beginn der Bauarbeiten am Dnjeproges und ihrer Vollendung sind in der Vorkriegszeit 12 Jahre verstrichen. Jetzt wird dieser Weg in der halben Zeit zurückgelegt werden.

Wir können demnach vorausbestimmen, wer zuletzt lachen wird... Die genaue Antwort auf diese Frage hat Lenin gegeben.

Oktober 1920. Moskau.

Auf dem III. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbands spricht Wladimir Iljitsch Lenin die historischen Worte:

„...die Generation, die jetzt fünfzehn Jahre alt ist und die in zehn bis zwanzig Jahren in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung leben wird...“

Tief senkten sich diese Worte in die Herzen der Komsomolzen.

In der Pause trat zu Lenin ein junges Bürschchen in geflickten, viel zu breiten Reithosen und fragte ihn mit stockender Stimme:

„Wladimir Iljitsch! Werde ich wirklich...? Ich...? Werde ich in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung leben?“

Lenins Augen leuchteten auf.

„Ja!“ sagte er laut und erregt, „ja! Sie! Gerade Sie, lieber Genosse!“

Das Bürschchen schlug die Hände über dem Kopf zusammen, machte kehrt und stürzte in den Saal. Lenin schaute ihm ernst und aufmerksam nach... Als er den jungen Bürschen davonweilen sah, gewahrte sein Zukunftsblick sicherlich in

aller Klarheit den gewaltigen Saal des Außerordentlichen VIII. Sowjetkongresses, auf dem der gleiche, um 16 Jahre älter gewordene Bursche die Worte Joseph Wissarionowitsch Stalins, des großen Fortsetzers von Lenins Werk, vernahm:

„...Also ist bei uns die erste Phase des Kommunismus, der Sozialismus, im wesentlichen bereits verwirklicht.“

* * *

Einunddreißig Jahre schreitet das Sowjetvolk auf dem von Lenin vorgezeichneten Wege zum Kommunismus. Unter Lenins Banner vereinigen sich die vielen Millionen der Werktätigen aller Länder, die den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Das Morgenrot lichter Zukunft erstrahlt immer klarer über der heutigen Welt — einer Welt, in der alle Wege zum Kommunismus führen. Es naht die Zeit, da in unserem Lande unter der Führung Stalins der Kommunismus verwirklicht wird. Nicht mehr fern ist der Augenblick, da der morsche Bau der kapitalistischen Welt einstürzen wird.

So sagte Lenin. So wird es werden!

Die Korruption der Labourführer

(Notizen eines Journalisten)

A. LEONIDOW.

I

In den kapitalistischen Ländern kommen nicht selten Skandalaffären ans Tageslicht, die die tiefsten Hintergründe des bestehenden politischen Regimes schlaglichtartig beleuchten. Zu einem solchen Skandal ist es jetzt in England gekommen. Vor einigen Monaten erschienen in der Presse erste Mitteilungen darüber, daß gewisse Staatsmänner und namhafte Regierungsbeamte sich von großen Geschäftsleuten bestechen lassen. Die Frage kam im Parlament zur Sprache, und die Regierung war genötigt, ein spezielles Untersuchungstribunal einzusetzen, um die Begleitumstände dieser Angelegenheit zu klären. Das Tribunal tagte fast ununterbrochen vom 15. November v. J. an. Schließlich wurden Übergriffe aufgedeckt, die in ihrer Reichweite und Schändlichkeit alle derartigen Affären, die in England während des letzten Jahrhunderts vorgekommen sind, in den Schatten stellen.

Als Hauptperson dieser Affäre wurde ein gewisser Sidney Stanley alias Solomon Vulkan hingestellt, zweifellos ein kriminelles Element, ein Spekulant auf dem Schwarzen Markt oder ein Berufshochstapler, der der Polizei unter sieben verschiedenen Namen bekannt ist und vor dem Tribunal aussagte, er wisse selbst nicht mehr, welchen Namen er von Haus aus getragen hat. Im Jahre 1940 wurde Stanley, nachdem er des Betrugs und böswilligen Bankrotts überführt worden war, durch Gerichtsbeschluß ausgewiesen. Was er weiterhin, bis 1946, getrieben hat, ist unklar. Im Jahre 1946 erschien er wieder auf der Bildfläche, diesmal als guter Freund und „geschäftlicher Berater“ zweier namhafter Labourbonzen — John Belchers, eines Parlamentsmitglieds und Parlamentssekretärs im Handelsministerium, sowie George Gibsons, des ehemaligen Vorsitzenden des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses, der zum Direktionsmitglied der Bank von England nach deren

Verstaatlichung ernannt wurde und Vorsitzender der Nordwestlichen Verwaltung für die verstaatlichte Kraftwirtschaft ist. Belcher ist als Günstling des allmächtigen Wirtschaftsministers Sir Stafford Cripps bekannt, Gibson als alter Waffenbruder und Busenfreund Bevins.

Wie die Untersuchung, in deren Verlauf 60 Zeugen verhört und Protokolle mit beinahe einer Million Worten geschrieben wurden, ergeben hat, erhielten Belcher und Gibson im Laufe der drei letzten Jahre durch Vermittlung Stanleys Bestechungsgelder und nutzten ihre dienstliche Stellung für die zweifelhaftesten Geschäfte aus. Beide Labourfunktionäre standen in enger Beziehung zu einer ganzen Reihe kapitalistischer Gesellschaften, denen sie auch halfen, ihre Angelegenheiten in den Ministerien und verschiedensten Regierungsbehörden zu deichseln. Dafür bekamen sie alle möglichen „Vergütungen“, von einem Kistchen Zigarren bis zu einer Kiste Whisky oder beträchtlichen Geldsummen. Unter der Wucht der Zeugenaussagen gestanden Belcher und Gibson die Übergriffe ein und entschlossen sich, nur das Vorliegen einer „bösen Absicht“ zu leugnen. Die Summen, die bei den Geschäftsabschlüssen durch die Hände Stanleys, Belchers und Gibsons gingen, beliefen sich auf hunderttausende Pfund Sterling. Zu den Auftraggebern der korrupten Labourbeamten gehörten Geschäftsleute wie Sir Maurice Bloch, das Oberhaupt eines Destillationstrusts, Harry Sherman, Generaldirektor eines Konzerns für Fußballwettbüros, William Darby, Direktor von dreißig Färbereibetrieben, Francis Cecil Price, Inhaber eines Konzerns für Vergnügungsstätten, Isaac Wolfson, Inhaber eines Warenhaustrusts, Cyril Joshua Ross, ein Pelzwarenfabrikant, ferner ein Vertreter der großen Parfümeriefirma Leonard J. Matchan und viele andere.

Der ganze Verlauf der Untersuchung läßt keinen Zweifel darüber offen, daß eine ganze Reihe Personen, die in der Welt der Monopole eine noch bedeutendere Stellung einnehmen und in ebensolche unsauberen Geschäfte verwickelt waren, absichtlich unerwähnt blieben und daß ihre Beteiligung dank den Bemühungen des Kronanwalts (obersten Staatsanwalts), des Labourmanns Sir Hartley Shawcross, vertuscht worden ist. Der Schlag wurde mit voller Wucht gegen Stanley geführt. Wie festgestellt wurde, hat dieser fingerfertige Freund Belchers und Gibsons sich in ein paar Jahren ein bedeutendes Vermögen zusammengeschart. Gleichzeitig war er, wie man erfährt, in kriminellen Kreisen als der „Al Capone von Eastend“ bekannt; sein Bruder und Kompagnon aber, der in den USA lebt, gilt als Berufsgangster, der des Raubes von Staatsgeldern überführt ist.

Dies ist in allgemeinen Zügen das äußere Bild der „Affäre Stanley“, wie sie von der englischen Presse dargestellt wird. In Wirklichkeit jedoch hat diese Angelegenheit viel weitergehende Bedeutung, als sie der Entlarvung eines Kriminalverbrechens und zweier vom Wege abgeirrter Labourgeschäftemacher zukäme. Ohne Zweifel handelt es sich um eine Affäre, in die die zentrale Leitung der Labourpartei verwickelt ist. In einer oder der andern Form sind fast alle Mitglieder der obersten Labourhierarchie daran beteiligt. Die Zeugenaussagen deuten unmittelbar darauf hin, daß Belcher, Gibson und Stanley als Deckung für höhergestellte Persönlichkeiten dienten und daß der Öffentlichkeit die wichtigste Seite der Affäre verborgen blieb. Durch geschickte Inszenierung der öffentlichen Untersuchung, die dem gewiegten Labourjuristen Shawcross übertragen war, in dessen Händen alle Fäden zusammenliefen, konnten die Führer der Labourregierung rechtzeitig „die Rollen verteilen“, den Kernpunkt der Affäre verhüllen und vertuschen und sie als einfache Dienstverfehlung und Unlauterkeit einzelner zweitrangiger Personen hinstellen. Die Labourführer suchen sich sogar das Verdienst für die Aufdeckung der Übergriffe zuzuschreiben. Dennoch ist es ihnen nicht gelungen, die Spuren restlos zu verwischen.

II

Wie konnte Stanley, ein Abenteurer und Emporkömmling ohne Namen, ein Mensch mit krimineller Vergangenheit, nach dem Kriege im Laufe von drei Jahren zum wohlhabenden Mann und zur einflußreichen Persönlichkeit werden, die in den Ministerien aus- und einging und sich der nahen Bekanntschaft mit allen Staatsmännern der Labourpartei, „angefangen von Attlee“, rühmte? Wie hat er zu diesem Kreis Zutritt erlangt? Woher erhielt er die Mittel zur massenhaften Bestechung von Politikern und Beamten?

Des Rätsels Lösung ist ganz einfach. Stanley war nur Mittelsmann, nur Strohhalm, oder, wie man es heutzutage in den USA nennt, nur Lobbyist. Er arbeitete für andere und erhielt Maklergebühren.

Stanley unterhielt eine Art politischen Trefflokals, wo sich prominente Labourpolitiker — Abgeordnete, Minister, Trade-Union-Führer und sogar Führer der Labourpartei — regelmäßig mit Vertretern der Geschäftswelt trafen. Beim Glase Wein in der Luxuswohnung Stanleys, der sich in einem der elegantesten Viertel Londons niedergelassen hatte, oder im *Chambre séparée* eines erstklassigen Restaurants wurden Bomben-

geschäfte abgeschlossen. Das war eine Börse, an der staatliche Privilegien und Vorrechte sowie Staatseigentum en gros und en détail gehandelt wurden. Stanley war nur Anreißer. Dafür muß er nun die Rolle des Hauptangeklagten spielen. Die Verkäufer an seiner Börse waren ehrenwerte Labourleute, die Käufer Magnaten des Kapitals. Aus ihren Händen erhielt Stanley die zehntausende Pfund Sterling, die er dann an die Labourminister weitergab.

So erhielt Stanley von Cyril Ross, dem Inhaber einer Pelzfirma, von November 1946 bis Juli 1948 die Summe von 35 439 Pfund Sterling. Sherman, Chef einer Firma von Fußballwettbüros, versprach ihm 50 000 Pfund Sterling, der Geschäftsmann Price 10 000 Pfund Sterling usw. Der Trade-Union-Führer Gibson sagte auch aus, er habe Stanley als „bevollmächtigten Vertreter gewisser Gentlemen angesehen, von denen einer oder zwei meines Wissens von Bedeutung waren“. Einmal äußerte Gibson vor dem Tribunal: „Ich hatte festgestellt, daß Stanley der Agent verantwortlicher und respektabler Personen war.“

Hinter Stanley stand die Plutokratie der City und fingerte die ganze Affäre.

Die andere Seite des Doppellebens, das dieser durchtriebene Gauner aus der Londoner Unterwelt führte, bestand darin, daß er als getreuer und leidenschaftlicher Anhänger der Labourpartei auftrat. Er diente dem „demokratischen Sozialismus“. Er kannte persönlich „fast alle Mitglieder der Regierung“. Morgan Phillips, Sekretär des Exekutivkomitees der Labourpartei, war bei Stanley häufig zu Gast. Während der Neuwahlen im Bezirk Gravesend stellte Stanley der dortigen Labourorganisation ein Dutzend Kraftwagen zur Verfügung.

So bildete sich diese geheime Kette: an ihrem einen Ende standen die Millionäre, an ihrem andern die Labourbürokraten, und zwischen ihnen als Bindeglied der „Al Capone von Eastend“. Die Technik der Gangsterdemokratie oder die „amerikanische Lebensweise“ wurde aus Chicago in die Hauptstadt Labourenghands verpflanzt.

Es sei bemerkt, daß bei den Geschäften an dieser Börse politische Überzeugungen und Prinzipien am allerwenigsten zu sagen hatten. Der Parteizugehörigkeit der Auftraggeber wurde nicht die geringste Bedeutung beigemessen. Stanleys Freunde aus der Labourpartei nahmen von allen, die da geben wollten. So war der Whisky-König Maurice Bloch, der zum Busenfreund Belchers geworden war, durch den er Importlizenzen erhielt, Mitglied der Konservativen Partei, und zwar kein einfaches Mitglied, sondern Parlamentskandidat und Vizevorsitzender der konservativen

Partelorganisation von Glasgow. Vor dem Tribunal erklärte Bloch:

„Ich bin Kandidat der Tory-Partei, aber ich bin ein großer Freund der Sozialisten.“

Wolfson, der Direktor von 23 Aktiengesellschaften und Inhaber eines Warenhaustrusts, sagte zu Belcher:

„Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der Labourpartei und bin an der Organisierung einer antikommunistischen Kampagne interessiert.“

Leonard Matchan, der Vorsitzende der Assoziation der Parfümeriefabrikanten, der die Lizenz zum Bau einer Fabrik brauchte, trat der Labourpartei bei und hatte Unterredungen mit einem hohen Funktionär der Organisationsabteilung ihres Exekutivkomitees.

Geld stinkt nicht, meinten die Labourleute, und die Monopolherren ließen sich durch Prinzipien nicht stören.

Was wurde an der Börse Stanleys gehandelt? Alles mögliche: Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen, Baubewilligungen, Bewilligungen zum Ankauf von Fabrikgrundstücken und alten Fabrikgebäuden, Zertifikate zur Auflegung von Aktien, Einwilligungen zur Niederschlagung gerichtlicher Untersuchungen und zweifellos auch — obwohl keinem einzigen Zeugen gestattet war, ein Wort hierüber zu verlieren — Direktorenposten in den Verwaltungen für die verstaatlichten Betriebe.

Wer waren die Verkäufer? Während der Verhandlungen vor dem Tribunal wurden viele Namen genannt. Parlamentssekretär Belcher vom Handelsministerium verkaufte jede beliebige „Ware“ an jeden beliebigen Kunden und nahm sowohl Bargeld als auch Naturalien in Zahlung. Wie Oberst John Douglas George, der Direktor der Londoner Firma Alford House, Park Lane Ltd., vor dem Tribunal aussagte, hatte Belcher bei ihrem ersten Zusammentreffen ihm gegenüber geäußert:

„Wenn Sie irgendwann einmal irgend etwas von meinem Amt benötigen, dann gehen Sie nicht den normalen Weg. Wenden Sie sich direkt an mich, ich kann Ihnen eventuell viel helfen.“

Stanley brachte Industrielle, Finanzleute und Spekulanten zu Belcher und rief ihn über dessen Geheimtelefon an. Belchers Privatsekretär, ein gewisser J. R. Cross, sagte aus, Belcher habe in seinem Arbeitskabinett im Ministerium niemand so häufig empfangen wie Stanley. Es sei fast kein Tag vergangen, ohne daß dieser vorgesprochen hätte. Für seine Dienste erhielt Belcher von Stanley außer den Zuwendungen in natura und großen Bestechungssummen noch regelmäßig ein Gehalt — 50 Pfund Sterling pro Woche —, eine Summe, die seinem Dienstgehalt fast gleichkam,

Gibson, Trade-Union-Führer und leitender Beamter der „verstaatlichten Industrie“, gab sich alle Mühe, dem Fußballspekulanten Sherman zu der Erlaubnis zu verhelfen, die Aktien seiner Firma durch die verstaatlichte Bank von England, deren Direktion er angehörte, aufzulegen. Den gleichen Dienst erwies er dem Leiter der Firma Swears and Wells Ltd., wofür Gibson der Direktorenposten in einem Unternehmen dieser Firma zugesagt wurde.

Glenvil Hall, Stellvertreter von Finanzminister Cripps, Finanzsekretär des Schatzamtes, erhielt das Versprechen, daß ihm ein Teil der Besteuerungssumme von 10 000 Pfund Sterling zufallen solle, die der Inhaber eines Vergnügungststättenkonzerns für eine Lizenz auf Einfuhr von Zugstücken aus Amerika bezahlt hatte. Minister für Bauarbeiten Charles Key erwirkte für den Finanzmann Wolfson eine Baulizenz. Frank Soskice, der Generalsyndikus der Labourpartei, erhielt, nach Stanleys Worten, von ihm im Zusammenhang mit der Angelegenheit Sherman eine Besteuerungssumme von 2500 Pfund Sterling. Auch Flottenminister George Hall ließ seinen Einfluß zugunsten Shermans spielen.

III

Aber die Namen der Mitglieder der von Stanley eingerichteten Börse, die der obersten Clique der Labourpartei angehörten, wurden (mit der einzigen Ausnahme Daltons) auf den Sitzungen des Tribunals nur flüchtig erwähnt. Sobald in der Untersuchung diese Namen genannt wurden, lenkte der Generalstaatsanwalt Shawcross sofort das Verhör in eine andere Richtung. Selbst der „gemeinsame Freund“ der Labourführer, Stanley, verlor einmal die Geduld und schrie Shawcross zu:

„Ich habe etwas zu erklären. Ich möchte Ihnen antworten, aber Sie wollen mir keine Möglichkeit dazu geben. Sie möchten diese Namen vertuschen. Lassen Sie mich doch zu Worte kommen, Herr Staatsanwalt!“

Man ließ ihn in dieser Sache nicht zu Worte kommen, wie man auch niemand von den andern verhörten Zeugen zu Worte kommen ließ. Aber dennoch ist einiges zutage getreten.

Es wurde festgestellt, daß Stanley überall von seiner Bekanntheit mit Premierminister Attlee herumerzählt hat. Es wurde ferner festgestellt, daß Stanley Festessen zu Ehren Greenwoods, eines Führers der Labourpartei und ehemaligen Stellvertreters von Attlee, sowie zu Ehren Stevensons, eines Redakteurs des „Daily Herald“, dem es übrigens „schlecht ging“, veranstaltet hat. Es wurde weiter festgestellt, daß zu diesen Festessen fast alle Führer der Labourpartei,

einschließlich Bevins, Daltons, Bevans und Shinwells, eingeladen waren und daß man unter den Gästen auch große Geschäftsleute aus dem Kreise von Stanleys Auftraggebern sah.

Bei einem solchen Festessen saß Stanley neben Bevin und unterhielt sich mit ihm ausführlich über die Beschaffung einer Anleihe für England in den USA durch Vermittlung von Stanleys Bruder, der sich in Neuyork aufhält, sowie über den Plan gemeinsamer Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen Afrikas durch England und die USA. Während der Unterhaltung überreichte Stanley Bevin zwanzig Zigarren. Der englische Außenminister nahm dieses Angebinde entgegen. Als der erschrockene Staatsanwalt Stanleys Aussage zu widerlegen suchte und behauptete, Bevin habe von ihm nur eine Zigarre angenommen, da antwortete Stanley:

„Ich kann Personen vorladen lassen, die gesehen haben, wie ich sie ihm gab, darunter einen der besten Freunde Mr. Bevins. Ich bin sogar bereit, ihre Namen zu nennen.“

Und Stanley fügte hinzu:

„Er“ (Bevin) „fand, es sei nichts weiter dabei. Ich habe ihn ja nicht gebeten, dafür irgend jemand den Krieg zu erklären!“

Worum dieser unsaubere Geschäftemacher den Labouraußenminister gebeten hat, ist nicht geklärt, da das Verhör sofort in eine andere Richtung gelenkt wurde. Ungeklärt blieb auch die Frage, die, wie man meinen sollte, an erster Stelle stehen müßte, und zwar: Warum hat die Creme der Labourleitung und Labourregierung mit solcher Bereitwilligkeit Einladungen zu Festessen angenommen, die für Stanleys Geld veranstaltet wurden und an denen Millionäre und Spekulanten teilnahmen?

Nur Dalton, der Vorgänger von Cripps im Schatzamt, heutiger Minister ohne Portefeuille, konnte einem persönlichen Auftreten in der Untersuchungsverhandlung nicht aus dem Wege gehen. Allzu offensichtlich sprachen die Indizien gegen ihn, und allzuviel war von seiner Beteiligung an der Affäre die Rede gewesen. Die Zeugen und Stanley hatten ausgesagt, dieser alte Boß der Labourpartei, diese Stütze der Zweiten Internationale, der heutige Vertreter Bevins bei den Konferenzen des „Fünfmächtekomitees“, habe in freundschaftlichen Beziehungen zu Stanley gestanden, ihn wiederholt in seiner Wohnung aufgesucht und ihn in Briefen mit „Lieber Stan“ angeredet. Durch Vermittlung Stanleys wurde Dalton der Direktorenposten in einer großen Warenhausgesellschaft, der Great Universal Stores Ltd., mit einem Jahresgehalt von 10 000 Pfund Sterling angetragen. So viel bekommt der englische Premierminister,

Geschickt von Shawcross dirigiert, der sich sofort aus dem Staatsanwalt in einen Verteidiger verwandelte, suchte Dalton beim Verhör die ganze Sache ins Lächerliche zu ziehen. Er erklärte, er habe nicht einmal im Traum daran gedacht, Direktor dieser Firma zu werden, und habe sich Stanleys Vorschläge nur aus Höflichkeit angehört. Als aber Stanley ihn daran erinnerte, daß er das Kontor des Chefs der Firma Wolfson aufgesucht hat, um den Vorschlag mit ihm zu besprechen, da konnte der Labourführer Dalton diese Tatsache nicht mehr bestreiten.

Nach dem Verhör Daltons war es klar, daß er nur deshalb nicht Direktor des großen Warenhauskonzerns geworden ist, weil das „Büro Stanley“ bald darauf infolge der Unvorsichtigkeit eines der mit ihm in Beziehung stehenden Geschäftsleute aufflog.

Es sei noch bemerkt, daß Stanley im Auftrag seiner Brotgeber mit Vorliebe die Methode anwandte, Labourführern Direktorenposten in kapitalistischen Unternehmungen anzubieten. Ein ebensolcher Vorschlag wurde Gibson von der Firma Swears and Wells Ltd. gemacht als Entgelt für die Erlaubnis zur Auflegung von Aktien, die von dem zuständigen Komitee erteilt worden war. Diese Vorfälle erklären so manches an dem Verhalten der Labourbosse und an ihrer Politik. Die Monopolkreise sind bereit, als Vergütung für wertvolle Dienste ihre sozialistischen Freunde für den Fall des Abgangs der Labourregierung sicherzustellen.

Belcher hat das auch offen bestätigt. Bei einer Zusammenkunft mit dem Geschäftsmann John Douglas George erklärte er diesem:

„Die Regierung wird nicht ewig bestehen. Es freut mich sehr, einen Mann wie Sie kennenzulernen, denn wenn wir zurücktreten, wird vielleicht irgend jemand von Ihnen geneigt sein, mir einen Direktorenposten in den Aktiengesellschaften anzutragen, an denen Sie interessiert sind...“

Dies Gespräch wurde vor Enthüllung der Affäre vertraulich geführt, aber selbst vor dem Tribunal geneigte Belcher sich nicht, zu erklären:

„Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß, wenn ich nicht mehr Parlamentsmitglied wäre und Mr. Wolfson käme, um mir einen Posten in seiner Direktion anzubieten, ich dieses Angebot ernstlich in Erwägung ziehen würde. Nach Einholung der notwendigen Auskünfte würde ich mich wahrscheinlich einverstanden erklären.“

Es handelte sich um einen Posten mit einem Gehalt von 10 000 Pfund Sterling.

Die Labourpolitiker sichern sich schon jetzt, wo sie an der Macht sind, für die Zukunft die Karriere direkter Teilhaber oder zumindest gut bezahlter Angestellter der kapitalistischen

Monopole. Das ist der Grund, warum sie vor nichts haltmachen, um nur den Vertretern der City auf Staatskosten bedeutende Dienste zu leisten. Sie verkaufen sich schon rechtzeitig an den Meistbietenden. Und eben aus diesem Grunde haben es Dalton, Gibson, Belcher und Konsorten immerhin vorgezogen, augenblicklich noch auf Direktorenposten zu verzichten. Diese Leute bedenken, daß sie, solange sie noch an der Macht sind, den Monopolen als „Vertreter der Werktätigen“ und „Sozialisten“ mehr Nutzen bringen können, während sie, wenn sie ihr politisches Kapital allzufrüh verausgaben, von ihren Wohltätern wegen Unbrauchbarkeit über Bord geworfen werden könnten.

IV

Wie kommen diese geheimen Verbindungen zwischen Labourführern und Monopolgeschäftsmachern zustande? Den Zeugenaussagen vom dem Londoner Tribunal sind einige charakteristische Einzelheiten zu entnehmen. Gibson, Belcher und Stanley haben eine spezielle Technik für die „Herstellung des Kontakts“ erfunden. Gewöhnlich veranstalteten sie flugs ein Festessen zu Ehren des einen oder andern Labourbonzen, zu dem nur ein enger Kreis geladen war. Zu diesen Festessen wurden führende Politiker, der Labourpartei, Minister, ausgesuchte Parlamentsabgeordnete sowie Direktoren und Leiter großer Firmen herangezogen, von denen bekannt war, daß sie irgendeiner Vergünstigung von seiten der Regierung bedurften. Die Gäste wurden miteinander bekannt, verbrachten angeregt den Abend und trafen so nebenbei auch irgendeine Abmachung hinsichtlich des zuständigen Ministeriums. Diese Festessen bezahlte Stanley aus seinem Fonds.

Darauf wurde der „Kontakt“ direkt aufrechterhalten. Die konservativen Busineßleute aus der City wurden ständige Geschäftspartner der Labourbonzen. Sie suchten sie in ihren Ministerialkabinetten auf, standen mit ihnen in Briefwechsel, luden sie zur Erholung in ihre Villen ein, bezahlten ihre Rechnungen in den Badeorten, besuchten mit ihnen gemeinsam Windhundrennen und nahmen sie überhaupt in jeder Beziehung unter ihre Obhut. Die Verbrüderung zwischen der Labourbürokratie und den Monopolkreisen wurde zum System.

Während Hunderttausende englischer Arbeiter in Not leben und nicht satt zu essen haben, bringen die Labourbonzen ihre Abende bei lukullischen Festmahlen mit Citymagnaten hin. Einige von ihnen haben durch Übereifer in dieser Beschäftigung sogar ihrer Gesundheit geschadet. Belchers Privatsekretär klagte in einer Sitzung

des Tribunals, sein Chef sei einmal bettlägerig geworden, weil Stanley „ihn allzu gastfreundlich bewirtet hatte“.

Wie sich herausstellte, haben die höchsten Kreise des „demokratischen Sozialismus“ eine Schwäche für geistige Getränke. Whisky und Cherry Brandy in einzelnen Gläsern und ganzen Kisten kamen fast in jeder Zeugnisaussage vor. Die hemmungslose Gier, die Sucht nach Luxus und persönlicher Bereicherung bringen die labouristischen „Vertreter der Werktätigen“ so weit, daß sie bereit sind, sich für ein paar gute Anzüge, für die Einladung in ein Strand-Hotel oder für teure Parfüms als Angebinde an die Frau Gemahlin kaufen zu lassen.

Gibson, der allein in der Nordwestlichen Gebietsverwaltung für die Kraftwirtschaft ein Jahresgehalt von 4000 Pfund Sterling bezieht, schrieb folgenden Brief an den Gangster Stanley mit dem Vermerk „Streng privat und vertraulich“:

„Mein lieber Stanley, sehr zu Dank verbunden für die Wurst, die zu Weihnachten anlegte und die allen sehr gut geschmeckt hat... Ich habe Lord Percy gesprochen, und er hat mir gesagt, das Kapitalausgabekomitee sei jetzt viel strenger geworden. Ich habe ihm aber einen Wink von Ihrer Aktienauflegung gegeben, und er meint, die Sache wird wahrscheinlich klappen.“

Gibson bekam von Stanley einen Anzug, seine Frau einen Pelz. Morgan Phillips, Sekretär des Exekutivkomitees der Labourpartei, wurde von Stanley mit Whisky und Zigarren beliefert. Minister für Bauarbeiten Key bekam einen Anzug, Whisky und außerdem Bananen.

Belcher, ein Protektionskind von Cripps, der die Handelsangelegenheiten in England dirigiert, machte in Anwesenheit zweier anderer Beamter seiner Behörde folgende Bemerkung, nachdem ein Gespräch mit Geschäftsleuten über die Erteilung der Bauerlaubnis für ein Hotel in dem Seebad Bognor stattgefunden hatte.

„Falls die Lizenz durchkommt, glaube ich, wir werden alle drei zum Wochenende in das Hotel eingeladen werden.“

Die Hotelrechnung Belchers und seiner Frau für die Zeit der Labourkonferenz in Margate bezahlte Stanley ebenso wie die Kosten seiner Geburtstagsfeier. Stanley schenkte Belcher ein goldenes Zigarettenetui, ließ ihm bei seinem Schneider einen Anzug nähen und sandte seiner Frau „von Zeit zu Zeit“ einen Scheck über 100 Pfund. Der Parfümeriefabrikant Matchan sandte Frau Belcher kosmetische Artikel „sozusagen für Wohltätigkeitszwecke“ und stellte Belcher für Feste seine Villa zur Verfügung. Der Whiskykönig Bloch sagte vor dem Tribunal aus, er habe Belcher „aus reiner Freundschaft“ Dutzende Flaschen Whisky ins Haus geschickt.

Derselbe Belcher aber, dem die übermäßigen Genüsse bei den Gelagen mit Businessleuten schlecht bekamen, trat energisch für die Lohnstoppolitik seines Gönners Cripps ein. Im Februar 1947 schrie er die Arbeiter auf einer Kundgebung in Sowerby an:

„Jetzt ist nicht die Zeit, Lohnerhöhung zu verlangen... Solange die Produktion nicht bedeutend gesteigert wird, müssen alle anderen Forderungen zurückgestellt werden!“

Dies ist die Kehrseite der „Cripps-Ara“, der Politik, die die Senkung des Lebensstandards der Werktätigen Englands und die Marshallisierung des Landes bezweckt. Die Führer des Labourismus werden allmählich zu einer neuen Herrenkaste. Gleichzeitig aber frönen sie der Bestechlichkeit in ihrer vulgärsten Form. Bestechlichkeit in allen Varianten wird zu einer normalen Erscheinung ihrer Lebensweise, moralische Zersetzung zum Stimulus ihres persönlichen Lebens. Der faulige Atem des Milieus der Monopolaristokratie, mit der sie sich zusammentun, durchsetzt die Atmosphäre um die ganze Oberschicht der Labourpartei. Der Einfluß dieses Milieus wurde von Belcher selbst ausgezeichnet charakterisiert, als er in einer Sitzung des Tribunals folgendes Geständnis ablegte:

„Ich bin die letzten zweieinhalb Jahre oder noch länger eng mit der Geschäftswelt verbunden gewesen, und ich fürchte, ich neigte vielleicht dazu, den Geist dieser Geschäftswelt anzunehmen.“

Belcher erläuterte auch, wie dieser Prozeß der „Annahme“ sich abgewickelt hat. Er gab klar zu verstehen, daß die Annäherungspolitik gegenüber der City nicht zufällig ist, sondern auf unmittelbare Direktive der obersten Parteileitung betrieben wird.

„Ich habe es als eins der Prinzipien meiner Pflichten angesehen, die Geschäftsleute und ihre Probleme zu kennen und zu verstehen und diesen Geschäftsleuten die Bereitschaft eines Labourministers zu zeigen, ihre Probleme zu begreifen und ihnen bei deren Lösung zu helfen... Ich habe stets versucht, mein Departement bei der City populär zu machen. Ich wußte genau, daß eine Reihe von Geschäftsleuten aus politischen Gründen, die keineswegs ehrenrührig sind, der Labourregierung mißtrauen, besonders wenn sie einer Industrie angehören, die Kontrollen unterworfen ist...“

Diese Beichte verdient, in die historischen Annalen des Reformismus — und nicht nur des englischen — aufgenommen zu werden.

Belcher kam der ihm erteilten Direktive nach. Er, Gibson und Dalton sowie ihre ganze Kumpagne führten im Rahmen ihrer persönlichen

Tätigkeit genau das aus, was die Labourregierung im Maßstab der gesamten Staatspolitik Englands tut...

V

Die Affäre Stanley hat noch eine andere interessante Seite, die während der Sitzung des Tribunals sorgfältig verschleiert wurde. Die gleichen Labourpolitiker, die sich selbst und den Staatsapparat an die Monopolherren verkauften, haben gemeinsam mit diesen und für ihr Geld ein Komplott gegen die fortschrittlichen Kräfte in der englischen Gewerkschaftsbewegung, ganz besonders aber gegen die Kommunisten, organisiert.

Wie bekannt, hat der Einfluß der fortschrittlich gesinnten Mitglieder innerhalb der Trade Unions in letzter Zeit zugenommen. Die Arbeiter, deren Interessen die Labourregierung auf Schritt und Tritt zuwiderhandelt, hören auf die Stimme derjenigen, die wirklich und unentwegt für ihre Forderungen kämpfen. In einer Reihe der wichtigsten Industriezweige stehen fortschrittliche Labourmitglieder und Kommunisten an der Spitze der Gewerkschaftsorganisationen. Die Zunahme der Opposition in den Trade Unions weckt sowohl in Kreisen des Generalrats als auch bei der Plutokratie Besorgnis. Trotz der gemeinsamen Bemühungen der Trade-Union-Bosse, der Regierung und der Unternehmer zeitigen die antikommunistischen Rundschreiben und die drakonischen Maßnahmen des Generalrats nicht die gewünschten Resultate.

Eine der wichtigsten Fragen, die bei den vertraulichen Zusammenkünften der korrupten Labourführer und konservativen Businessleute in Londoner Hotels erörtert wurden, war die Finanzierung des „Kampfes des Trade-Union-Generalrats gegen den Kommunismus“. Diese Aufgabe wurde an Ort und Stelle gelöst.

Seit Februar 1948 hatte eine Reihe von Stanley und Gibson veranstalteter Festessen stattgefunden, an denen Führer des Generalrats, Mitglieder der Labourfraktion im Parlament, Bevin, Dalton, Morgan Phillips, der Redakteur des „Daily Herald“ Stevenson sowie eine ganze Gruppe von Finanzleuten und Industriellen einschließlich von Ross, Sherman, Wolfson, Oberst Curtis, dem Pelzhändler Shackman und andere teilnahmen. Gibson vertrat bei diesen Zusammenkünften gleichzeitig seine alten Freunde aus dem Trade-Union-Generalrat und seine neuen Freunde aus der Direktion der Bank von England, die bis auf den heutigen Tag ein Bollwerk der englischen Monopole ist. Als Resultat dieser Beratungen wurde im April v. J. ein geheimer Sonderfonds, der „Freedom and

Democracy Trust“, gegründet, dessen einzige Bestimmung es war, die Hetze gegen die Kommunistische Partei, diesen „Feind Nr. 1“, wie sich der Gangster Stanley ausdrückte, zu finanzieren. Der Fonds sollte namentlich dafür benutzt werden, „die Kommunisten von offiziellen Posten“ in den Trade Unions „abzuschieben“.

Stanley hatte den gesamten Apparat dieser Geheimorganisation in Händen. Zu seiner Leitung gehörten Trade-Union-Bonzen wie Chester, Bagnall, Lincoln Evans u. a. Für die Ausgaben aber kam ausschließlich Stanley auf. Er stellte sogar für das Sekretariat der Organisation sein eigenes Kontor zur Verfügung. Stanley erklärte den Trade-Union-Führern, er sei bereit, ihnen „jede beliebige Summe“ zum Kampf gegen den Kommunismus anzuweisen.

Tatsächlich schrieben die bei dem Gründungsfestessen im Hotel anwesenden Businessleute auf der Stelle Schecks für den Fonds aus. Der Generalrat lieferte der Organisation die Parolen zur Bekämpfung der Trade-Union-Opposition, die City lieferte das Geld.

Bemerkenswert ist, daß an dieser äußerst schmutzigen Affäre indirekt zwei Gruppierungen beteiligt waren, die gewisse internationale Verbindungen besitzen. Einer der aktivsten Teilnehmer der Gruppe des „Freedom and Democracy Trust“ war und ist noch heute Tom O'Brien, der Führer des Verbands der Theater- und Filmangestellten. Er ist als direkter Agent des Vatikans in der englischen Gewerkschaftsbewegung bekannt. O'Brien leitet katholische Geheimgruppen in den Trade Unions, die bemüht sind, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und die eine wütende Antisowjetagitation betreiben. Dieser Freund Gibsons ist dem Londoner Kardinal Griffin unmittelbar unterstellt.

Ein anderer Faden führt vom „Freedom and Democracy Trust“ über den Bruder Stanleys, Marcus Wulkan, zu den Führern der Amerikanischen Arbeitsföderation und des Kongresses der Industrieverbände. Wulkan, der, wie man aus den vor Gericht verlesenen Dokumenten erfährt, in den USA als „notorischer Schuft“ und „Gangster“ gilt, ist jetzt einer der „juristischen Berater“ des Kongresses der Industrieverbände.

So sehen die Leute aus, die sich hinter der weitverzweigten internationalen Organisation verstecken, die jetzt alle möglichen Machenschaften unternimmt, um die Arbeiterbewegung in Europa zu spalten und die Weltföderation der Gewerkschaften zu untergraben. Korrupte Beamte aus dem Transport House, Direktoren der Bank von England, Gauner aus der Londoner Unterwelt, Agenten des Vatikans, Newyorker Gangster,

Mitarbeiter des berüchtigten Pariser Irving-Brown-Büros der Spalter — sie alle zusammen bilden das Rudel des „Antikommunismus“.

VI

Die Labourführer halten die „Affäre Stanley“ für erledigt, und das ist auch verständlich. Die Untersuchungsergebnisse werden ja ihnen übergeben werden, und sie können nach eigenem Ermessen damit verfahren. In seinem Schlußwort vor dem Tribunal erklärte Generalstaatsanwalt Shawcross feierlich, es wäre ein Zeichen von „Kurzichtigkeit und Oberflächlichkeit“, anzunehmen, die Untersuchung würde sich „schädigend auf die jetzige britische Regierung auswirken“.

Im Gegenteil, so fuhr Shawcross fort, die Untersuchung habe ergeben, daß keinerlei Ursache vorliege, von Bestechlichkeit oder irgendwelchen anderen Übergriffen zu reden. „Noch nie war irgendeine Regierung oder ein Parlament so entschlossen, die edelsten Traditionen des öffentlichen Lebens hochzuhalten und zu verteidigen.“

„Worüber lacht ihr? Ihr lacht euch selbst aus!“ sagte der unsterbliche Stadthauptmann bei Gogol. Die Teilnehmer des Labourschwindels werden sich wirklich ins Fäustchen lachen. Keiner von ihnen ist eigentlich zu Schaden gekommen.

Belcher hat abgedankt, ist aber mit Zustimmung des Parteivorstands Parlamentsabgeordneter geblieben. Gibson hat die Direktion der Bank von England verlassen, wo er jährlich 500 Pfund Sterling bezog, blieb aber Leiter der Gebietsverwaltung für die Kraftwirtschaft, wo sein Gehalt 4000 Pfund Sterling ausmacht. Die übrigen korrupten Beamten blieben überhaupt unangetastet. Nur über das Schicksal Sidney Stanleys, des Sündenbocks der Labourregierung, ist noch nicht entschieden. Sein Verschulden besteht darin, die Spuren seiner hochgestellten Helfershelfer schlecht verwischt zu haben.

Die geheime Labourbörse ist nicht aufgelöst worden. Von jetzt ab werden ihre Hauptteilnehmer aber zweifellos vorsichtiger zu Werke gehen. Die „Untersuchung“ in Sachen Stanley hat nur den äußersten Rand des Spinnennetzes gestreift. Es ist ganz augenscheinlich, daß die Gruppe Stanley-Belcher-Gibson eine von vielen derartigen Agenturen war, die hinter den Kulissen der Labourregierung manipulieren.

Dennoch hat die öffentliche Verhandlung über diese Angelegenheit in allen Kreisen der englischen Öffentlichkeit tiefsten Eindruck gemacht. Die Werktätigen Englands werden aus den nun zutage getretenen Praktiken des „demokratischen Sozialismus“ der Labourführer zweifellos ihre Schlüsse ziehen.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Rechtfertigungsversuch österreichischer Bischöfe

L. ANDREJEW

DIE VERHAFTUNG des Kardinals Mindszenty sowie die Aufdeckung der Zusammenhänge, die zwischen der Verschwörung der ungarischen Kirchenmänner und den österreichischen katholischen Kreisen bestanden, haben bei den österreichischen Kirchenfürsten Bestürzung hervorgerufen. Innitzer, Erzbischof von Wien, und Rohrer, Fürstbischof von Salzburg, der als „Verbindungsoffizier“ zwischen Mindszenty und dem amerikanischen Kardinal Spellman fungierte, haben wütende Ausfälle gegen die ungarische Demokratie unternommen. Die katholische Presse versucht, dem entlarvten Spion und schmutzigen Politikaster Mindszenty den Heiligenschein des „Martyrertums“ zu verleihen und ihn als Opfer von Verfolgungen der Christenheit hinzustellen.

Die Unaufrichtigkeit dieser Bemühungen liegt auf der Hand. Klar sind auch die Motive, von denen sich die österreichischen Politiker im Priesterrock leiten ließen, als sie die Verteidigung Mindszenthys, des Verfechters der Wiederherstellung des früheren Faschistenregimes in Ungarn, übernahmen. Unter Leugnung seiner Verbrechen am

ungarischen Volk suchen Innitzer, Rohrer und ihre Freunde gleichzeitig ihre eigene derzeitige und frühere Tätigkeit zu rechtfertigen, sind doch sie selber bislang mit dem Schandmal der Kriecherei vor Hitler behaftet: sie haben sich seinerzeit auf offenen Schacher mit dem Nazismus eingelassen.

Die österreichischen Bischöfe selber haben kein reines Gewissen. Hiermit erklären sich auch ihre wiederholten Versuche, die gerechten Anklagen auf Begünstigung des Hitlerfaschismus von sich zu weisen. Ein charakteristisches Muster für die Rechtfertigungsversuche der österreichischen katholischen Kirchenfürsten ist das Buch „Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich“, das Prälat Jakob Fried in Wien veröffentlicht hat.

Frieds Buch, das im direkten Auftrag des Vatikans verfaßt wurde, soll die Reputation der österreichischen Bischöfe wiederherstellen. Fried will dem Leser weismachen, die

* Jakob Fried, Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich, Wiener Dom-Verlag.

katholischen Bischöfe hätten gegen den Hitlerfaschismus gekämpft, ihm „Widerstand“ geleistet und die Interessen des Volks verteidigt.

Aber die Bemühungen des Prälaten Fried verfehlen ihr Ziel. Sein Buch bezeugt geradezu das Gegenteil. Obwohl der Verfasser die Tatsachen, die in sein Schema nicht passen, verschweigt oder verfälscht, trägt allein schon der Grundstoff seines Machwerks zur Entlarvung des wirklichen Treibens der österreichischen katholischen Bischöfe bei.

Verweilen wir vor allem bei jenen Seiten seines Buchs, die dem berüchtigten „Anschluß“ Österreichs an Hitlerdeutschland gewidmet sind. Der Verfasser bemerkt so nebenbei, der „Anschluß“ sei „unerwartet“ erfolgt und habe das Volk „sehr überrascht“. Er versucht also die wohlbekannte Tatsache zu vertuschen, daß in Österreich der Boden für den „Anschluß“ nicht erst durch die lange Wühlstätigkeit der Nazis und ihrer Agentur, sondern auch schon durch die katholischen Politiker des autoritären Dollfuß-Schuschnigg-Regimes vorbereitet worden ist.

Ganz unzweideutig war bei alledem die Rolle des Erzbischofs von Wien, des Kardinals Theodor Innitzer. Als erster beeilte er sich, dem „Führer“, wie Hitler von Fried bis auf den heutigen Tag tituliert wird, einen Besuch abzustatten. Den Worten des Prälaten und Chronisten zufolge wurde das Stelldichein Innitzers und Hitlers von der Regierung Seyß-Inquart „veranlaßt“, die mit „List“ und „Tücke“ vorgegangen sei. Jedoch die Version vom betrogenen Innitzer wird durch das Betragen des Kardinals selber entlarvt, hat doch kein anderer als er Hitler sofort versichert, die katholische Kirche Österreichs sei bereit, „der Ordnung im öffentlichen Leben und Staat“ zu „dienen“. Fried verhehlt nicht, daß Innitzer über das Gespräch sehr gerührt war und dessen Resultate in aller Hast publik machte, wobei er seine Gläubigen anfeuerte, sich zum faschistischen Regime „loyal“ zu verhalten. Rasch gewöhnte der Kardinal es sich an, seine Briefe mit einem untertänigen „Heil Hitler!“ zu unterschreiben. Er lernte es auch, seine Hand zum Faschistengruß auszustrecken. Und hiernach erfrecht sich Fried, seinen Lesern einzureden, irgendwer habe Innitzer um den Finger gewickelt!

Die Einstellung der katholischen Kirche zum Nazismus und zum Raubüberfall auf Österreich verdeutlichte sich noch mehr im Zusammenhang mit der sogenannten Volksabstimmung, die die Hitlerfaschisten am 10. April 1938 aufzogen, um den Anschluß Österreichs an Deutschland „in Form zu bringen“.

Fried behauptet, die Bischöfe hätten anläßlich dieses „Plebiszits“ keinerlei Erklärung unterzeichnen wollen. Angeblich lehnten sie ein paar Varianten der Erklärung ab, die ihnen von dem Hitlerschen Gauleiter Bürckel vorgelegt wurden. Aber das war nur ein Kuhhandel, der aufhörte, nachdem man eine Formel gefunden hatte, die beiden Seiten behagte, Resultat: die Bischöfe unterschrieben eine feierliche Erklärung, die auf „innerster Überzeugung“ und „freiem Willen“ beruhte und in der sie die „hervorragenden Leistungen“ des Hitlerstaats „auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik“ anpriesen und in Hitlers Fußstapfen zum Kampf gegen „die Gefahr des Bolschewismus“ aufriefen. Sie segneten die Nazibewegung in Österreich und verpflichteten sich, ihr jegliche Unterstützung angedeihen zu lassen. „Als Deutsche“ beeilten sich die Bischöfe, ihre Ergebnisse für das „Dritte Reich“ öffentlich zu äußern, und erklärten, daß sie den gleichen Gehorsam von allen gläubigen Christen erwarteten.

Demnach bezeugt das ganze von Fried zitierte Dokument nicht einen „Widerstand“ gegen den Nazismus, sondern bestenfalls eine schändliche Kapitulation der katholischen Kirchenfürsten vor Hitler.

Prälat Fried sucht den Sinn und die Bedeutung dieser Tatsache zu verdunkeln. Er schreibt allerlei Unklares über Gewalttätigkeiten und Betrug der Hitlerfaschisten sowie über ein erzwungenes Verhalten der Bischöfe. Aber wenn kann das überzeugen? Kennzeichnend ist, daß die Kirchenhäupter schon ein paar Tage nach dem „Anschluß“ ihre Agitation zugunsten des Hitlerstaats fortsetzten und in allen Kirchen ihre feierliche Erklärung samt einer zusätzlichen Erläuterung Innitzers und Waitz' verlasen. Wo ist hier der Kampf gegen den Nazismus, von dem Fried schreibt? Und was wäre in solchem Falle als Kriecherei vor Hitler zu bezeichnen?

* * *

Der Sündenfall der österreichischen katholischen Kirchenfürsten im März 1938 geschah keineswegs zufällig: Die katholische Kirche war immer durch engste Bande mit denjenigen Politikern verknüpft, die nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie die Führung des österreichischen Staats übernahmen und ihn zuletzt in die Katastrophe stürzten.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß Prälat Ignaz Seipel zweimal am Staatsruder stand: vom Mai 1922 bis zum November 1924 und vom Oktober 1926 bis zum April 1929. Grade in diesen Jahren begann der österreichische Faschismus ins Kraut zu schießen. Seipel, Führer der katholischen Christlichsozialen Partei, der Vorgängerin der heutigen „Volks“partei Österreichs, ist in die Geschichte des Landes als Anhänger „starker“ Obrigkeit eingegangen. Er war der Herold pangermanistischer Bestrebungen, d. h. des „Anschlusses“. Gedeckt durch das Banner des Katholizismus, hat Prälat Seipel am 15. Juli 1927 mit Hilfe des Polizeipräsidenten Schober die Bewegung der Massen, die gegen die Begünstigung der österreichischen Heimwehrfaschisten stürmisch protestierten, in Blut ertränkt.

Von Ignaz Seipel führt eine direkte Linie zu einer andern Kreatur der katholischen Kreise, zu dem Kanzler Engelbert Dollfuß, dem Abwürger der demokratischen Freiheiten, dem Arbeiterhenker und getreuen Mussolini-Lakaien. Dollfuß jagte das österreichische Parlament auseinander, verbot alle demokratischen Organisationen und schlug im Februar 1934 den Aufstand der Wiener Arbeiter nieder. Seine faschistischen Bestrebungen hinderten die Kirche nicht, ihn gegen Volk und Republik zu unterstützen. Jetzt hat die „Volks“partei Dollfuß zum „Martyrer“ gestempelt, während sie Seipel für einen idealen Staatsmann ausbildet.

Die ruhmlose Tätigkeit Dollfuß' setzte Kurt Schuschnigg, sein Nachfolger als Kanzler, der ebenso eng mit der katholischen Kirche verbunden war, bis zum Augenblick des „Anschlusses“ fort. Den Namen Schuschnigg umgibt die katholische „Volks“partei gleichfalls mit dem Heiligenschein eines „Kämpfers“ für Österreichs Freiheit. Indes ist Schuschnigg einer der Haupttotengräber Österreichs gewesen. Hand in Hand mit den Heimwehrleuten hat er den Hitlerfaschisten, in vollem Einklang mit seinen Ansichten über Österreich als „zweiten deutschen Staat“, den Weg nach Wien geebnet.

In einigen Prozessen, die man letztthin gegen neofaschistische Gruppen in Österreich durchführte, wurde die Verantwortung Schuschniggs und seiner nächsten Umgebung für den Untergang der österreichischen Republik nachgewiesen. Gleichzeitig traten die derzeitigen Geheimverbindungen zwischen der „Volks“partei und den neofaschistischen Verschwörern zutage. Diese Partei ist anscheinend geneigt, aufs neue das gefährliche Spiel zu beginnen, durch das Österreich schon einmal in die Katastrophe gestürzt wurde. Mit dem Segen der Kirche fädeln die Politiker dieser Partei einen neuen Schacher mit den finsternen Kräften ein, die gegen den Frieden und die Demokratie intrigieren. Hierin

Ist die Erklärung für die Tatsache zu suchen, daß die „Volks“partei Schuschnigg kanonisiert, der das heimwehfaschistische System gefestigt, die Überreste der demokratischen Freiheiten beseitigt und das Ende der Unabhängigkeit Österreichs beschleunigt hat.

Auf den Sockel von Nationalhelden werden Schuschnigg und seine Vorgänger auch von den katholischen Kirchenvätern gehoben, hatte doch der Vatikan volles Verständnis für Schuschniggs Versuche, in Österreich einen „Ständestaat“ von der Art des Korporativsystems Mussolinis zu schaffen. Die katholische Kirche heiligte durch ihre Autorität also die Handlungsweise dreier angesehenen katholischer Politiker: Seipels, Dollfuß und Schuschniggs. Alle drei sind, nebenbei bemerkt, Jesuitenzöglinge.

Mit Schweigen umgibt Prälat Fried in seinem Buch die Herrschaftszeit des Austrofascismus. Dafür erhebt er in den Rang von Märtyrern „für Österreich“, die unter dem Faschismus gelitten hätten, nicht nur Schuschnigg, sondern auch viele andere katholische Politiker, auf die sich der „Ständestaat“ stützte. Hier findet man sowohl den Staatssekretär Ferdinand Graf, einen früheren Heimwehranführer und derzeitigen „Volks“partei-führer, als auch Otto Ender, den Urheber der faschistischen Verfassung von 1934, sowie Friedrich Funder, den Redakteur der äußerst reaktionären katholischen Wochenschrift „Die Furch“, und eine Menge sonstiger Helfershelfer des Faschismus, deren Verbrechen noch frisch im Gedächtnis breiter Schichten Österreichs haften.



Mit nicht geringerem Eifer sucht Fried die Politik des Vatikans zu rehabilitieren. Er schildert den verstorbenen Pius XI. als „Opfer“ Hitlerscher Intrigen. Der Papst sei gezwungen gewesen, vereinsamt zu leben, er sei „fast hermetisch von den Katholiken im Großdeutschen Reich abgeschlossen“ gewesen. In Wirklichkeit erklärte sich das Schweigen des Vatikanoberhauptes damit, daß es, um sich nicht mit Hitler zu verfeinden, gar nicht den Wunsch hegte, die ungeheuerlichen Frevel des Nazismus zu verurteilen.

Nichtsdestoweniger hat, nach Frieds Darlegung zu urteilen, die Kapitulation der österreichischen Bischöfe vor Hitler die Unzufriedenheit des Vatikans hervorgerufen. Die Liebedienerei vor dem faschistischen Diktator war allzu augenfällig und konnte in den katholischen Kreisen anderer Länder Protest erwecken. Darum hat Cicognani, der päpstliche Nuntius in Wien, im Auftrag Pius' XI. alsbald nach der Unterzeichnung der „feierlichen Erklärung“ der Bischöfe den Kardinal Innitzer besucht und ihm seine Unzufriedenheit kundgetan. Gekränkt begab sich Innitzer nach Rom. Hier fand er sogleich einen Bundesgenossen in Eugenio Pacelli, dem damaligen Staatssekretär des Vatikans, der ein Jahr später als Pius XII. Papst wurde. Man begann nach einem Kompromiß zu suchen. Als Ergebnis der Verhandlungen, in deren Verlauf der Vatikan den Schacher der österreichischen Bischöfe mit dem Faschismus zu verschleiern trachtete, erschien am 6. April 1938 noch eine Erklärung Innitzers. Zur Tarnung der schändlichen Kapitulation der Bischöfe richtete der Kardinal eine Reihe versäuerter Forderungen an Hitler betreffs der Tätigkeit der katholischen Kirche in Österreich.

Dies demagogische Manöver des Vatikans zeitigte keine praktischen Resultate. Während des „Anschlusses“ und nachher arbeiteten die Bischöfe, die mit dem Regime des Terrors und der Gewalttätigkeiten vorzüglich auskamen, weiterhin mit den Hitlerfaschisten zusammen.

In den Jahren des von den Nazis entfesselten Krieges machten die österreichischen Kirchenfürsten gar nicht daran, gegen die Ausrottung von Millionen Menschen,

gegen den Alldruck der deutschen Okkupation zu protestieren. Im Gegenteil! Wie aus den Dokumenten, die dem Buch Frieds als Anhang beigelegt sind, klar hervorgeht, förderten die Bischöfe die Verlängerung des Kriegs und die Vertuschung der ungeheuerlichen Verbrechen des Nazismus. Wie denn sonst wäre die Predigt des Bischofs Josef Kalasanz Fließer von Linz auszulegen, der zu Neujahr 1944 die Hitlerstrategien pries und Goebbels direkt nachplapperte: „Wann Deutschland siegen wird, ist Nebensache. Daß es siegt, ist die Hauptsache, und es wird siegen.“ Der Zweck dieser Predigt bestand darin, die Gläubigen im militärischen Kraftaufwand nicht erlahmen zu lassen und zur Pflichterfüllung gegenüber dem Hitlerstaat anzueifern. Wo steckt hier der Widerstand gegen den Nazismus, von dem Prälat Fried in seinem Buch so viel Aufhebens macht?

Selbst nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus haben die katholischen Seelenhirten, die nach den Worten des Verfassers bloß unter Androhung von Gewalttätigkeiten in den Dienst des Faschismus getreten waren, kein Sterbenswörtchen zur Verurteilung des Naziregimes, der bestialischen Ideen des Hitlerfaschismus und seiner blutigen Missetaten gefunden. Und der Grazer Fürstbischof Ferdinand erteilte am 9. Mai 1945 seinen Gläubigen sogar die Anordnung, „sich jedweder politischen Stellungnahme gegenüber der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu enthalten“.

Erst im Herbst 1945 erkühnte sich endlich eine Versammlung österreichischer Bischöfe in Salzburg, über einige Seiten des Naziregimes sich mißbilligend zu äußern, und dies noch in überaus delikater Form.

Die Wahrheit über die wirkliche Rolle der österreichischen Bischöfe bei den Ereignissen der verflochtenen Jahre ist unmöglich zu verhüllen. Diese Wahrheit ist der fortschrittlichen Öffentlichkeit Österreichs und anderer Länder bekannt. Das als Rechtfertigungsverdict gedachte Buch des Prälaten Fried nimmt sich eher wie Material zu einem Anklageakt aus.

Einen schroffen Gegensatz zu dem feigen Benehmen der kirchlichen Würdenträger, die mit dem Hitlerfaschismus zusammengearbeitet haben, bilden die von Fried angeführten nicht gerade zahlreichen Beispiele mutigen antifaschistischen Kampfes einzelner Geistlicher und einfacher Katholiken, die in den Gestapokerkern zugrunde gegangen sind. Aber diese Opfer des Faschismus haben nichts mit den Kirchenfürsten gemein, die vor Hitler unterwürfig ihre Häupter beugten, nunmehr jedoch sich den Anschein geben, als hätten sie ihm Widerstand geleistet und für die Unabhängigkeit Österreichs gestritten.

Um seine wankenden Positionen zu befestigen, versichert Fried, daß die katholische Kirche Österreichs sich in die Politik weder eingemischt habe noch einmische. Aber die Tatsachen bezeugen das Gegenteil. Es gibt eine Fülle von Beweisen für derlei Einmischung, und zwar stets für eine einseitige: auf Seiten der schwarzen Reaktion.

Seit den ersten Monaten nach der Befreiung Österreichs durch die Sowjettruppen bemühen sich die Kirchenmänner, Zwietracht zwischen dem sowjetischen und dem österreichischen Volk zu säen, Argwohn und Feindseligkeit gegen die Sowjetunion zu erwecken. Sie betreiben eine zügellose Antisowjetpropaganda. Mit offensichtlichen Verleumdungen gegen die sowjetischen Besatzungsbehörden tritt der gleiche Kardinal Innitzer auf. Er beteiligt sich aktiv an der sowjetfeindlichen Kampagne, die die „Volks“partei im Block mit den rechts-„sozialistischen“ Führern eingefädelt hat.

Im Frühjahr 1947, als in Moskau der Außenministerrat tagte, stimmte der Salzburger Fürstbischof Rohrer in den Chor der Reaktionäre ein und rief zur Sabotage der

Vorbereitung des Staatsvertrags für Österreich auf. Scharwenzeln die katholischen Kirchenfürsten in Österreich früher vor Hitler, so verneigen sie sich jetzt dienstfertig vor dem amerikanischen Imperialismus, der Österreich zur Verwirklichung seiner Abenteuerpläne in Europa ausnutzt. Emsig hilft die katholische Kirche den überseeischen Monopolen, Österreich zu unterjochen und seine demokratische Entwicklung zu bremsen.

Die Lenker der katholischen Kirche in Österreich betreiben zusammen mit ihren Gönnern aus dem Vatikan, wie

vor dem zweiten Weltkrieg, eine volksfeindliche Politik. Um Sand in die Augen ihrer Gemeinde zu streuen, unternehmen sie den plumpen Versuch, sich als Demokraten und Antifaschisten auszugeben, die in den Hitlerjahren gelitten hätten. Diese Maskerade hat den Zweck, der Kirche das Mitgefühl und die Sympathien der Massen zuzuschaukeln, die in den Kriegsjahren viel gelernt haben. Eben diese Aufgabe stellte sich auch Prälat Friedl, als er sein Buch erscheinen ließ. Aber unter dem Schafpelz kommen immer die gleichen Wollsklauen zum Vorschein.

9. Januar

Das Nachrichtenbüro der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland veröffentlicht eine Erklärung, in der unter Anführung von Tatsachen nachgewiesen wird, daß die Ausarbeitung eines Plans für die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen im Alliierten Kontrollrat für Deutschland und in seinen Organen durch Verschulden der Vertreter der Westmächte zum Scheitern gebracht worden ist.

In Halle (sowjetische Besatzungszone) findet eine Zonenkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau statt, an der auch Gewerkschaftsvertreter aus der Westzone teilnehmen. Die Konferenz nimmt eine Protestresolution gegen die Londoner Beschlüsse über die Abtrennung des Ruhrgebiets an.

10. Januar

Die zweite Tagung der Kommission für Finanzfragen beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO wird in Lake Success bei New York eröffnet.

Die Allgemeine Arbeitskonföderation Frankreichs veröffentlicht eine besondere Erklärung, in der von der Regierung eine 25prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte gefordert wird.

11. Januar

In Tirana wird der dritte Jahrestag der Ausrufung der Volksrepublik Albanien feierlich begangen.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Januar 1949

In P-hjōng-jang trifft T. F. Schtykow, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Sowjetunion in der Demokratischen Volksrepublik Korea, in Begleitung des Botschaftspersonals ein.

12. Januar

Die Regierung des Staates Israel legt beim Sicherheitsrat Beschwerde gegen die Einmischung Großbritanniens in den Palästina-Konflikt ein.

Anlässlich des zweiten Jahrestages des nationalen Befreiungskrieges veröffentlicht das Oberkommando der Republik Vietnam einige Angaben über den Kriegsverlauf. Getötet wurden 71 300 französische Soldaten, verwundet 63 900, gefangenengenommen 2500; 8863 liefen auf die Seite Vietnams über. Zerstört wurden 77 französische Flugzeuge, erbeutet 15 600 Gewehre und 113 Granatwerfer.

In dem transjordanischen Hafen Akaba landen neue Verstärkungen für die englischen Truppen in Transjordanien.

13. Januar

Die Tagung der Großen Nationalversammlung Rumäniens wird ge-

schlossen. Sie hat ein Gesetz über die Bildung von Volksräten als örtlichen Organen der Staatsgewalt angenommen.

Der polnische Sejm nimmt ein Gesetz an über die Vereinigung der Verwaltung der rückgeführten Länder mit der allgemeinen Staatsverwaltung.

Veröffentlichung offizieller Angaben über die Planerfüllung in der Tschechoslowakei; danach ist der gesamte Plan für 1948 (mit Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie) zu 102,4 Prozent erfüllt.

Die von W. W. Kusnezow, Vorsitzendem des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, geführte Sowjetdelegation zur Sitzung des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften reist per Flugzeug aus Moskau nach Paris ab.

Der 600 000 Arbeiter vertretende Londoner Gewerkschaftsrat nimmt eine Protestresolution an gegen die Versuche des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses, die Weltföderation der Gewerkschaften zu spalten.

14. Januar

Der bulgarische Ministerrat bestätigt den auf Grund des Fünfjahresplans ausgearbeiteten Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes im Jahr 1949. In dem Plan ist, verglichen mit 1948, eine allgemeine 22prozentige Produktionserhöhung

und eine 23prozentige Vergrößerung des Nationaleinkommens vorgesehen.

Truppenteile der griechischen Demokratischen Armee besetzen Nafoussa, ein bedeutendes Industriezentrum Westmazedoniens.

Die Nation Associates, eine liberale Organisation in den USA, leitet dem UNO-Generalsekretär Trygve Lie, dem Sicherheitsrat und Präsident Truman einen Geheimbericht des französischen Spionagedienstes vom 8. Dezember 1948 zu, demzufolge die Engländer 6000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Ägypten freigelassen haben, um sie in dem Krieg gegen den Staat Israel einzusetzen.

Vertreter des Staates Israel und Ägyptens kommen auf Rhodos überein, daß die von ihnen repräsentierten Verhandlungspartner die Verpflichtung übernehmen, sich offensiver Kampfhandlungen in Palästina zu enthalten.

In Brüssel wird eine Beratung der Kriegsminister der Länder der West-

lichen Union eröffnet, auf der Organisationsfragen betreffend die Armeen der fünf Mächte sowie die Standardisierung der Waffen erörtert werden.

Die von Hassan Saka geführte türkische Regierung tritt zurück.

15. Januar

In Moskau wird ein sowjetisch-polnisches Protokoll über den gegenseitigen Warenaustausch für 1949 unterzeichnet. Der Warenaustausch wird die jährlichen gegenseitigen Lieferungen, wie sie in dem am 26. Januar 1948 auf 5 Jahre geschlossenen Abkommen vorgesehen waren, um 35 Prozent übersteigen.

Die chinesische Volksbefreiungsarmee besetzt Tientsin.

In Bulgarien beginnt eine vom Nationalrat der Vaterländischen Front und vom Verband der bulgarisch-sowjetischen Gesellschaften veranstaltete Gedenkdekade für W. I. Lenin.

Rücktritt des griechischen Ministerpräsidenten Sophoulis.

16. Januar

W. W. Kusnezow, der Führer der sowjetischen Gewerkschaftsdelegation, die zur Teilnahme an den Arbeiten des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften in Paris eingetroffen ist, gibt einem Vertreter der Agentur France Presse ein Interview, in dem er erklärt, die Sowjetgewerkschaften hielten den Antrag des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses auf zeitweilige Unterbrechung der Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften für einen schweren Fehler, der die internationale Gewerkschaftsbewegung nur schädigen könne. W. W. Kusnezow betont, er sei fest davon überzeugt, daß die Weltföderation der Gewerkschaften lebensfähig und daß ihre Existenz und ihr weiteres Erstarken notwendig ist.

Şemseyin Günaltatlı, ein Vertreter der Volksrepublikanischen Partei, bildet eine neue türkische Regierung.

VERLAGSANGEIEN

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- MARX-ENGELS-ARCHIV. Band XI. 204 S., Rbl. 6,50
Konzepte und Auszüge aus Werken Tschernyschewskis und russischer Volkswirtschaftler des 19. Jahrhunderts, die die Reform der 60er Jahre und die Entwicklung Rußlands nach der Reform charakterisieren.
- W. I. LENIN — *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus*. 16 S., Rbl. —,15
- J. STALIN — *Über dialektischen und historischen Materialismus*. 36 S., Rbl. —,50
- G. W. PLECHANOW — *Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte*. 46 S., Rbl. —,60
- G. W. PLECHANOW — *Über materialistische Geschichtsauffassung*. 44 S., Rbl. —,60
- W. G. BJELINSKI — *Ausgewählte philosophische Werke*. Band II. 594 S., Rbl. 15,—
- DER GROSSE RUSSISCHE DENKER W. G. BJELINSKI. Aufsatzsammlung. Herausgegeben von S. W. Smirnowa. 204 S., Rbl. 5,—
- A. I. HERZEN — *Ausgewählte philosophische Werke*. Band I. 372 S., Rbl. 7,50. Band II. 368 S., Rbl. 7,50
- N. G. TSCHERNYSCHESKI — *Ausgewählte ökonomische Werke*. Herausgegeben von I. D. Udaltow. Band III. Teil I. 484 S., Rbl. 9,25
- S. ORDSHONIKIDSE — *Der Weg eines Bolschewiken*. Seiten aus dem Lebenslauf Sergo Ordshonikidses. Zweite Auflage. 272 S., Rbl. 5,—
- ÜBER DIE SOZIALISTISCHE SOWJETGESELLSCHAFT. Aufsatzsammlung. Herausgegeben von F. Konstantinow, M. Kammari und G. Gieserman. 552 S., Rbl. 10,—
- T. GORBUNOW — *Die Wiedervereinigung des bjelorrussischen Volkes in einem einheitlichen sozialistischen Sowjetstaat*. 232 S., Rbl. 3,50
- G. W. CHATSCHAPURIDSE — *Sowjetgeorgien*. Abriß. 120 S., Rbl. 2,—
- A. ARAKELIAN — *Die Reserven der Betriebe im Dienste des Fünfjahrplans*. 100 S., Rbl. 1,25
- W. BUNIMOWITSCH — *Die Senkung der Selbstkosten und die Steigerung der Rentabilität der sozialistischen Betriebe*. 72 S., Rbl. 1,—
- L. WINOKUROW, W. SMOLOWIK — *Erfahrungen der politischen Agitation in den Betrieben Leninsgrads*. 60 S., Rbl. —,60
- T. SOKOLOW — *Organisatorische und wirtschaftliche Stärkung der Kollektiwwirtschaften*. 128 S., Rbl. 1,25
- S. A. TUREZKI — *Die Akkumulation in der Industrie der UdSSR*. 398 S., Rbl. 7,—
- I. N. MEDWEDJEW — *Der Aufbau der volksdemokratischen Tschechoslowakei*. 94 S., Rbl. 1,—
- A. A. GUBER — *Die Philippinische Republik im Jahre 1898 und der USA-Imperialismus*. 508 S., Rbl. 10,—
- A. M. DJAKOW — *Die nationale Frage und der englische Imperialismus in Indien*. 328 S., Rbl. 5,—
- A. F. MILLER — *Kurze Geschichte der Türkei*. 304 S., Rbl. 6,50

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics